Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit . . täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42. | Dresden, Dienstag den 19. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Deutsche Truppen in Dünaburg und Luzk.

Wiederbeginn der Feindseligkeiten im Osten

Im Osten haben deutsche Truppen nach Ablauf des Waffenstillstandes den Vormarsch angetreten. Der amtliche Bericht von gestern abend meldet darüber:

An der großrussischen Front haben heute 12 Uhr mittags die Feindseligkeiten begonnen. Im Vormarsch auf Dünaburg ist die Düna kampflos erreicht.

Von der Ukraine zu ihrem schweren Kampfe gegen die Großrussen zu Hilfe gerufen, haben unsere Truppen den Vormarsch aus Richtung Kowel angetreten.

Die großrussische Front erstreckt sich etwa von der Ostsee bis zum Pripjet. Dort schließt sich das ukrainische Gebiet an, das im Süden in die rumänische Front mündet. Welche militärischen Ziele die Heeresleitung an der großrussischen Front im Auge hat, ist aus obigem Telegramm nicht ersichtlich. Klarer sind die Absichten des Vormarsches in der Ukraine. Hier geht es den Mittelmächten um die Ermöglichung der von der Rada versprochenen Getreidelieferungen. Aus dem Brotfrieden, den man mit der Ukraine erstrebte, ist ein Kampf ums Brot geworden, bei dem wertvolle Güter vernichtet werden dürften. Wäre es den Unterhändlern in Brest-Litowsk wirklich um das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewesen, so wäre dieser Kampf vermieden worden. Rußland hätte sich mit den Mittelmächten in die Vorräte der Ukraine teilen können. Aber wie die Vierbundsdelegationen mit ihrer Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes für die Mittelmächte Vorteile herauszuschlagen suchten, so erstrebten auch die Bolschewiki nur eine bolschewikische Entscheidung in den besetzten Gebieten. Am Bürgerkrieg in Estland, Finnland und in der Ukraine, an der Auflösung der Konstituante wurde drastisch ersichtlich, daß für die Trotzki und Lenin der Wille der Bevölkerung auch nur absolut ist, „wenn er ihren Willen tut".

Der Generalstabsbericht begründet den Vormarsch in der Ukraine mit dem Hilferuf, den die Rada im Namen des ukrainischen Volkes an die Mittelmächte ergehen ließ. Ob die Bolschewiki oder die jetzt nach Schitomir entteilte Regierung die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, ist fraglich. Jedenfalls machten die Bolschewiki auch im Gebiete zwischen Pripjet und Schwarzem Meer nicht den geringsten Versuch, eine Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung einzuholen. Sie lagen im Kampfe mit Volksteilen, die sie nicht einfach als „Bourgeoisieanhänger" abtun können. Die Rada hat im Gegenteil bald nach Regierungsantritt Maßregeln ergriffen, die man als sozialistisch ansprechen kann. Dazu gehört eine im Bürgerkrieg stecken gebliebene Agrarreform auf demokratisch-sozialistischer Grundlage. In diesen Bürgerkrieg hinein marschieren jetzt deutsche Truppen. Es ist ein noch nicht dagewesenes Ereignis, daß eine feindliche Armee im Namen der Demokratie in ein Land gerufen wird, in dem sich beide um die Herrschaft ringenden Teile als die Hüter der Demokratie ausgeben.

Während auf einer Front der Kampf wieder entbrannt ist, auf der man den Frieden schon am Horizonte dämmern sah, sind in Rumänien Vereinbarungen im Gange, die auf Verhandlungen zur Kriegsbeendigung abzielen. Nach einer Berliner Information sollen die Friedensverhandlungen am 22. Februar beginnen. Von Rumänien weiß man, daß es Absichten auf die ehemalige rumänische Provinz Bessarabien gerichtet hat, um sich schadlos zu halten für das Stück Dobrudscha, das die Bulgaren fordern. Ueber die Forderungen und Pläne, mit denen die Mittelmächte in die Verhandlungen hineinsteigen werden, weiß man nichts Bestimmtes. Deshalb muß sich die Sozialdemokratie alle Freiheit des Handelns vorbehalten. Ihre Lage angesichts der neuentbrannten Kämpfe ist erschwert durch den Umstand, daß sie der Sicherung des ukrainischen Friedensvertrages und der Herbeischaffung der vereinbarten Getreidemengen gelten. Hoffen wir, daß im Reichstag die Aussprache mit der Regierung gründlich und deutlich sein möge.

•

Ukrainische Anklage gegen die Bolschewiki.

Die ukrainische Regierung versendet aus ihrem gegenwärtigen Regierungssitze Schitomir folgenden Funkspruch:

Allen allen, allen! Ihr habt die Funksprüche in den Zeitungen der russischen Bolschewiki gelesen, in denen sie sagen sie kämpfen mit der verhaßten Zentralrada, welche die bolschewikische Macht nicht anerkennen will, und nicht mit dem ukrainischen Volke. Glaubt nicht daran. Schaut nicht auf die Worte, schaut auf die Taten der Bolschewiki in unserem Lande. Noch vor zwei Monaten hat man überall in Rußland von der Ukraine als von einer Oase mitten in der allrussischen Wüste gesprochen. Es war verhältnismäßig Ordnung in unserem Lande. Die Freude, der Stolz und die Achtung vor unserem ersten vom ukrainischen Volke selbst erwählten sozialistischen Volksparlament der Zentralrada, beherrschen uns alle. Wir trachten danach, nichts zu vernichten, sondern auf den Trümmern des Krieges in sozialer und demokratischer Freiheit unser Land selbst aufzubauen. Die Bolschewiki in Petersburg, Moskau und anderen großrussischen Städten sahen mit Neid und Haß die Fortschritte der Kleinrussen. Aber dies war doch nur der kleinere Grund. Der Hauptgrund war der natürliche Reichtum der Ukraine an Getreide und Zucker, und was sonst unsere Heimat hervorbringt, sowie die uralte historische Gewohnheit des gierigen unersättlichen großrussischen Volkes, unseres alten Bedrückers, uns zu berauben und auszusaugen.

Die Träger der bolschewikischen Gedanken haben sich in nichts von denen des zaristischen Bedrängers und Ausbeutertums entfernt. Sie zertreten wie früher die Rechte und die Freiheit der nichtrussischen Länder des gewesenen russischen Reiches und jagen die Räuberei des Zarentums fort. Warum rauben die Bolschewiki nur bei uns in der Ukraine? Warum zum Beispiel nicht im Dongebiet, obwohl auch dort viele Getreidevorräte sind und obwohl dort noch bolschewikischer Auffassung nur Gegner der Revolution versammelt sind? Es ist klar, das Dongebiet hat in der Mehrzahl großrussische Bevölkerung, also wird es geschont, ob es nun revolutionär oder reaktionär ist. Die Ukraine aber besteht aus ukrainischem Land und Bevölkerung. Also wird sie nach russischer Art überfallen und ausgeplündert, obgleich sie sich als soziale und demokratische Republik organisiert hat.

Fremde, die ihr uns bisher nicht gekannt habt und zu denen unsere Stimme heute nur schwer gelangt, versteht uns jetzt. Seht den wahren Charakter der russischen Bolschewiki. In Charkow, Poltawa, Jekaterinoslaw, Kiew und in vielen anderen ukrainischen Städten herrscht jetzt Morden und Brennen. Jeder Ukrainer, der sich vor oder während der sozialen Revolution eifrig gezeigt hat, die neue Freiheit unseres Landes zu schützen, wird verfolgt, aus den Häusern gezogen und von der Roten Garde niedergeschossen. Seht, wenn ihr uns selbst nicht glaubt, was die Bolschewiki selbst berichten und was sie in ihrer eigenen Zeitung, der Petersburger Prawda, am 18. Januar geschrieben haben.

•

Die Tätigkeit und das Amt als Kommissar für Nahrungsmittelbeschaffung auf ukrainischem Gebiet ist dem Volkskommissar Luchanowski übertragen worden. Der ganze technische Apparat, die Eisenbahnstationskommissare, Agitatoren und fliegenden Requisitionsabteilungen sind zu seiner Verfügung gestellt worden. Auf den Dörfern und Gütern ist noch eine Unmenge von Getreide, in den Fabriken der Ukraine noch massenhaft Zucker, auf den Eisenbahnstationen stehen noch viele Steinkohlen in Waggons. Leider ist die Transportfähigkeit der Eisenbahnen in fürchterlichem Zustande. Zum Beispiel vermag die Kursk—Moskauer Bahn täglich nur 115 Waggons statt früher und normal 1500 zu befördern. Die Knotenpunkte sind vollkommen verstopft. Dies muß nach gebessert werden. Auch haben unsere Kommissare in den Dörfern, wo sich die erwerbslosen Leute organisieren, noch große Mühe, das Brot an sich zu dringen, das die ukrainischen Dorfkomitees nicht herausgeben wollen.

Fremde! Wißt ihr, was es heißt, eine bolschewikische Requisitionskommission in einem Dorfe zu haben, und wie sie dieses Dorf verläßt? In immer neuen Räuberbanden rücken sie heran. Sie stehen unter dem Oberbefehl verrohter, jeglicher Gesinnungslosigkeit und Gewissenlosigkeit entbehrender Spitzel und Gendarmen der alten Regierung, die gewohnt waren im Auftrage des Zarentums unschuldige und wehrlose Menschen zu vernichten. Sie setzen ihr Handwerk fort und verbreiten Leiden und Entsetzen in unserem Lande, das keine andere Schuld hat als fruchtbringend, freiheits- und friedliebend zu sein. Fremde! die ihr frei auf dem Boden eurer Väter wohnt. Hört uns, versteht uns. Auch wir kämpfen für unsere soziale Freiheit und für die Rettung unserer Frauen und Kinder, für das Recht unserer Selbstbestimmung, das sie uns aus den Händen winden wollen. Fremde! Verbreitet dies, wenn ihr Freunde der wahren sozialen demokratischen Freiheit seid! Sendet es in alle Länder, in denen weder die reaktionären noch die anarchistischen Zerstörer es verhindern, daß die Stimme der Wahrheit und der Freiheit gehört wird.

•

Warum es zum Sonderfrieden kam.

eb. Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Im Social-Demokraten vom 15. Februar veröffentlicht Oberst Oberutschew, der nach der März-Revolution Chef des Militärdistrikts Kiew war, einen Artikel, **der dazu bestimmt ist, den Friedensschluß der Ukrainer in den Augen der Gegner des Sonderfriedens zu rechtfertigen.** Oberutschew, der zur Sozialrevolutionären Partei gehört, war kein Anhänger des Selbständigkeitsstrebens der Ukrainer. Er hat sich darum auch der Auflösung der ukrainischen Truppen aus dem Verband der russischen Armee entgegengestellt. Und er hat anscheinend ungefähr auf dem Standpunkt der sozialistischen „Landesverteidiger" gestanden, deren Tendenzen in der zweiten Koalitionsregierung tatsächlich die Oberhand hatten. Offiziell hieß es damals, man müsse stark bleiben, um auf die Bundesgenossen einen Druck zugunsten der revolutionären Friedensgrundsätze auszuüben, tatsächlich machte man die Armee der Revolution den Imperialisten des Westens dienstbar. Daraus entstand die November-Revolution. Oberutschew macht nun diese Revolution für den ukrainischen Sonderfrieden verantwortlich. Während die ukrainischen Heeresabteilungen treu die Wacht an der Front gehalten hätten, hätten die Bolschewiki ihre Truppen, die sich sicherlich mit den Deutschen verbrüdert hätten, gegen die Ukrainer geschickt, und so seien diese schließlich in die Lage gekommen, gegenüber der drohenden bolschewikischen Gewaltherrschaft das kleinere Uebel zu wählen — nämlich den Sonderfrieden. Sympathien für Oesterreich hätten dabei keine Rolle gespielt, wenigstens könne man die heute maßgebenden Leiter der ukrainischen Politik solcher Sympathien nicht beschuldigen. Die Schuld an beiden politischen Hauptentscheidungen — an der Erklärung der völligen Unabhängigkeit und am völligen Sonderfrieden — hätten also die Bolschewiki, die darum die volle Verantwortung vor Rußland, den Ententegenossen und der ganzen Menschheit zu tragen hätten.

•

Kiew in bolschewikischen Händen.

† Petersburg, 17. Februar. (Meldung der Petersburg. Telegr.-Agentur.) **Der Kampf bei Kiew war erbittert. Kiew ist endgültig von den revolutionären Streitkräften genommen. Das Kommissariat für Ausrüstungen richtet eine Abteilung für den Austausch der Waren ein, um dem Lande Industrieerzeugnisse zu festgesetzten Preisen im Austausch gegen Getreide und Lebensmittel zu liefern.**

Stockholm, 18. Februar. Das ukrainische Informationsbureau teilt zur Einnahme Kiews durch die Bolschewiki mit: Am 20. Januar brachen in Kiew ein Aufruhr und Straßengefechte aus, die fünf Tage dauerten. Die ukrainischen Truppen unter Petlura siegten schließlich. Am 3. Februar kamen jedoch neue bolschewikische Abteilungen mit schwerer Artillerie und reichlichen Mengen von der Station Darnitsa aus. Die ukrainische Artillerie antwortete vom Hauptbahnhof aus. Da in der Stadt große Feuersbrünste ausbrachen, übersiedelte die Rada nach Schitomir. Während der Kämpfe begannen die Marodeure in der Stadt die Geschäfts- und Privathäuser zu plündern. Die Stadtteile in der Nähe des Bahnhofs sowie das Stadtviertel Petschersk sollen angeblich niedergelegt sein. Infolge der allgemeinen Lage des Landes über den Friedensschluß glaubt das ukrainische Informationsbureau auf einen baldigen Regierungssitz rechnen zu dürfen, vielleicht mit deutscher Hilfe.

Stockholm, 17. Februar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein telephonischer Bericht aus Moskau beleuchtet die schrecklichen Vorgänge bei der Einnahme von Kiew. Ueber der Stadt liegt eine dichte Rauchwolke. Die gesamte Artillerie der Bolschewiki nahm am Kampfe teil. An allen beherrschenden Stellen sowie auf dem rechten Flußufer waren Kanonen aufgestellt. Etwa 200 und mehr Feuerschlünde waren in Tätigkeit. Die Oktoberereignisse in Moskau verblaßten vor den Ereignissen in Kiew. Das Hauptkampfgebiet war in der Umgegend der Petschersk, dem Sammelpunkte der ukrainischen Streitkräfte. Es wird erzählt, daß sich Offiziere und Offiziersschüler den ukrainischen Truppen anschlossen. Von bolschewikischen Meldungen kämpfen in den Reihen der Ukrainer rumänische, englische, belgische und französische Offiziere. (Was nach dem Friedensschluß mit dem Vierbund sehr unwahrscheinlich ist. D. R.) Viele Mönche haben sich als Freiwillige gemeldet.

Die Kämpfe im Dongebiet. — Niederlage Alexejews?

Petersburg, 17. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die bei Woronesch operierende Abteilung des Generals Alexejew hat eine harte Niederlage erlitten. Die revolutionären Truppen erhielten Verstärkungen. Die Kosaken wurden umzingelt und mußten die Waffen strecken. Gefangene Kosaken erzählten, daß General Alexejew versprochen habe, den Süden in acht Tagen von den Truppen der Sowjets zu befreien. Die Gefangenen weigern sich, den Aufenthaltsort des Generals Alexejew bekannt zu geben.

Eine in Nowotscherkask zusammengetretene Versammlung der Militärregierung der Kosaken hat den vorläufigen Entschluß gefaßt, die Offensive zu einstellen. Die Regierungstruppen treffen in Nowotscherkask ein, wo sie bei den Kosakentruppen Zuflucht finden. Die Militärregierung hat einen Plan zur Teilung Rußlands im Falle des Sieges über die Sowjettruppen ausgearbeitet. In der Liste der vorgeschlagenen Minister fehlt Kaledin. Die Eisenbahnangestellten, die sich weigern, sich den Befehlen der Kosaken zu unterwerfen, werden erschossen.

Stockholm, 17. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Charkow wird gemeldet, daß bei der Station Zwetajewo in der Gegend des Don blutige Kämpfe zwischen den revolutionären Truppen der Sowjets und den Kosaken stattfanden. Der Kampf spielt sich unter reichlicher Teilnahme von Artillerie, Flugzeugen und Panzerwagen unter allen Schrecken des regelmäßigen Krieges ab.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Petersburger Anarchie.

Der Lokal-Anzeiger berichtet aus dem Haag: Aus Petersburg wird gemeldet, die Raubtaten und Verbrechen nähmen täglich zu. In Moskau wurden die Kirchenschätze des Patriarchen, die in Gold gebundenen Meßbücher, Monstranzen und andere mit Juwelen besetzte goldene Kirchengeräte, im Goldgewicht von 100 Pfund, und in einem Werte von vielen Millionen Rubel, geraubt. Nach einer Petersburger Depeschenmeldung, ist im Hafen von Petersburg ein neuer Brand entstanden, der eine große Menge Lebensmittel vernichtete. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer außerordentlichen Verpflegungskommission für die sofortige Kontrolle und Regulierung der Ernährung verfügt. Die Kommission besteht aus Trotzki und Vertretern des Kriegs- und des Verkehrskommissariats.

Zum Vorsitzenden des ausführenden Hauptausschusses der Sowjets wurde, laut Petersburger Telegraphen-Agentur, Swjerdlow, zu Mitgliedern des Präsidiums Murenow, Frau Spiridonowa, Komarow, Zirenjewu. a. gewählt. Die Leitung der internationalen Abteilung wurde Petrow übertragen.

•

Die Zustände in Estland.

Riga, 16. Februar. Ueber die Zustände in Estland wird noch folgendes bekannt: Die ganze Gegend zu beiden Seiten der Bahn Reval—Narwa ist in den Händen der Roten Garde und der Maximalisten. Das estnische Heer bot bis jetzt einen gewissen Schutz gegen diese Banden, doch erscheint sein Einfluß jetzt nicht mehr genügend. Die Güter sind sämtlich beschlagnahmt und werden von der Roten Garde verwaltet. Demnächst sollen auch die Bauerngemeinden eingezogen werden. Die Häuser in den Städten und die Bankguthaben sind gleichfalls als nationales Vermögen erklärt worden und werden von der Roten Garde verwaltet. Ein Teil der lettischen Truppen soll sich geweigert haben, Livland zu verlassen, da sie nur ihr eigenes Land verteidigen wollen. Die beschwichtigten Letten, insbesondere die Gemeinderäte, warten mit Sehnsucht auf den Einzug der Deutschen nicht etwa zur vorübergehenden Sicherung ihres Lebens und Besitzes, sondern zwecks Anschlusses Estlands und Livlands an Deutschland. Die Mehrzahl der lettischen und estnischen Soldaten will im Falle eines Vormarsches der Deutschen die Waffen abgeben und im Lande bleiben. Die überwiegende Zahl der Esten ist deutschfreundlich gesinnt. Sowohl in Estland, wie auch in Livland werden eifrig Unterschriften für einen Anschluß an Deutschland gesammelt. Viele estnische Bauern haben sich geweigert, die ihnen zugeteilten Güter zu übernehmen, auf denen sie bisher Angestellte der Gutsherren gewesen sind. Sie sind dann von bolschewistischen Soldaten zur Uebernahme der Güter gezwungen worden.

• • •

Rumäniens Ohnmacht.

Zu den Verhandlungen mit Rumänien, die am 28. Februar beginnen sollen, wird uns aus Berlin berichtet:

„Deutschland soll bei den Verhandlungen durch Herrn Kühlmann vertreten werden. Es ist der rumänischen Regierung bisher gelungen, eine Uebertragung der Revolution auf Rumänien zu verhindern. In letzter Zeit jedoch machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß die Bolschewiki mit Erfolg in Rumänien tätig gewesen sind. Die Bemühungen Rakowskis, in Rumänien sozialistische und kommunistische Anschauungen zu verbreiten, seien anscheinend auf fruchtbaren Boden gefallen. In Bessarabien hat Rumänien ungefähr die Hälfte der Bevölkerung auf seiner Seite, während die andere Hälfte der Ukraine geneigter ist. Ueber Rumäniens Kriegsfähigkeit ist zu sagen, daß es kaum noch in der Lage zu sein scheint, den Krieg gegen die Mittelmächte fortführen zu können. Es ist gewissermaßen zur Aufnahme von Friedensverhandlungen gezwungen. Auf einer Front von 120 Kilometer Länge stehen sieben Divisionen, so daß jede Division 15 Kilometer zu besetzen hat. An vielen anderen Teilen der rumänischen Front, die außerordentlich ausgedehnt ist, ist die Besetzung mehr als dünn. Friedensverlangen und Friedenssehnsucht machen sich in allen Teilen der rumänischen Bevölkerung geltend.

•

Zertrümmerte Ententehoffnungen.

Zürich, 19. Februar. Der Secolo meldet: Die Einberufung der rumänischen Kammer ist auf den 10. März vertagt worden. Sie soll als eine Art Nationalversammlung tagen. Entscheidende Ereignisse sind noch vor ihrem Zusammentritt zu erwarten. Die Militärattachees der Alliierten im rumänischen Hauptquartier haben einer Mitteilung zufolge am Sonnabend den Abberufungsbefehl ihrer Regierungen erhalten.

Die konservativen Wahlrechtsanträge.

Fällt die Regierung um?

Am Schluß der ersten Sitzung der Wahlrechtskommission, die sich mit dem Kernpunkt der Vorlage, dem gleichen Wahlrecht, beschäftigte, gab der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg eine Erklärung ab, die bei all ihrer Unbestimmtheit und Dehnbarkeit doch darauf schließen läßt, daß sie in der Frage des gleichen Wahlrechts bereit ist, mit sich handeln zu lassen. Auf die Frage eines Nationalliberalen antwortete Dr. Friedberg, daß er zwar dem Staatsministerium nicht vorgreifen könne, daß er aber glaube, daß ein Mehrstimmenwahlrecht, daß die Zusatzstimmen abhängig mache von Eigenschaften, die jeder Wähler erwerben könne, mit dem Grundgedanken der Osterbotschaft und des Juli-Erlasses vereinbar sei. Diese Antwort weicht von den früheren Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums ab. Hatte man bisher den Eindruck, daß die Regierung in der Frage des gleichen Wahlrechts nicht nachgeben, sondern im Falle seiner Ablehnung von ihren verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, so ist jetzt dieser Eindruck verwischt. Mehrstimmenwahlrecht bleibt Mehrstimmenwahlrecht auch dann, wenn sich die Stimmenzahl lediglich nach der Zahl der Kinder bemißt. Gibt sie hier nach, so hat sie den festen Boden unter den Füßen verloren, und dann gibt es kein Halten mehr. Jedenfalls hat Herr Dr. Friedberg der Vorlage seiner eigenen Regierung durch diese Erklärung keinen guten Dienst erwiesen.

•

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht setzte in der Sitzung der Verfassungskommission am Montag mit großer Heftigkeit ein. Ein konservativer Redner begründete den von uns bereits mitgeteilten Antrag, der eine Kombination von Mehrstimmen Wahlrecht und berufsständischem Wahlrecht vorsieht. Er sprach dem preußischen Volk die politische Reife ab und erging sich in allerhand Betrachtungen über Schleichhandel, über das unausgedroschene Getreide des Herrn v. Heydebrand und über tausend andere Dinge, offenbar in der Absicht, die Zeit durch lange Reden totzuschlagen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte, daß der konservative Antrag alle seine Erwartungen übertreffe, die nicht nach der Richtung einer Ausdehnung, sondern nach der einer Einschränkung des Wahlrechts gingen. Ein berufsständisches Wahlrecht sei für die Regierung unannehmbar. Es sei auch ungerechter als das jetzige Dreiklassenwahlsystem. Was das Pluralwahlrecht betreffe, so weiche in dieser Beziehung der konservative Antrag von dem Beschluß der Mehrheitsparteien im vorigen Sommer in einem wichtigen Punkte sehr weit ab und bekommt dadurch einen so agrarischen Einschlag, daß selbst die Anhänger des Pluralwahlrechts vom letzten Sommer kaum in der Lage sein würden, ihm zuzustimmen. Im übrigen ist die Regierung nach wie vor bereit, im Rahmen der Vorlage allen Vorschlägen zuzustimmen. Aber ein Pluralwahlrecht, das sich auf Vermögen aufbaut, sei unannehmbar für die Regierung.

Der Minister des Innern ergänzte die Ausführungen des Vizepräsidenten, indem er an Hand von Statistiken nachwies, welche Wirkung der Antrag haben würde. Während heute unter dem Dreiklassenwahlsystem das Gewicht der drei Klassen sich verhalte wie 16 zu 3 zu 1, d. h., während ein Wähler erster Klasse durchschnittlich 16mal mehr zu sagen habe wie ein Wähler der dritten Klasse, würde im Falle der Annahme dieses Antrages in manchen Abteilungen ein Wähler mindestens 130mal soviel zu sagen haben, wie ein anderer.

Der Fortschrittler trat für das gleiche Wahlrecht ein und kündigte einen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl nicht nur in den großen Industriezentren, sondern auch in den gemischtsprachigen Landesteilen an. Hierauf bekämpfte der Vertreter der Sozialdemokratie die Argumente des konservativen Redners, die direkt an den Haaren herbeigezogen seien. Er wies darauf hin, daß der Streik ein Ausfluß der Unzufriedenheit gewesen sei, an der gerade die Konservativen die Hauptschuld trügen, und führte weiter aus, daß die Rede, die heute von konservativer Seite gehalten sei, aufreizend auf die Arbeiterschaft wirken und die Unzufriedenheit steigern müsse. Das Volk werde sich fragen, ob es wiederum betrogen werden soll. Der konservative Antrag bedeute eine Verhöhnung des Volkes.

Von freikonservativer Seite wurde ein Antrag in Aussicht gestellt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts auch für die Gemeindewahlen vorsieht; man müsse wissen, wohin die Reise geht. Nachdem dann noch ein anderer Konservativer den Untergang des alten Preußens an die Wand gemalt und von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums erwidert wurde, daß er von dem Untergang des alten Preußen schon oft gehört habe, ohne daß diese Prophezeiung in Erfüllung gegangen sei, richtete ein Nationalliberaler die Frage an die Regierung, wie sie sich zu einem Pluralwahlrecht stelle, wenn die Mehrstimmen begründet seien auf Familienstand, Kinderzahl, Alter, Seßhaftigkeit und Bildung. Der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, daß er für seine Person die Frage nicht beantworten könne, er müsse erst eine Entscheidung des Staatsministeriums herbeiführen. Nur das eine könne er sagen, daß gewisse Modifikationen der Vorlage von ihm vertreten würden, wenn die Zusatzstimmen auf einer natürlichen Grundlage beruhen, so daß jeder Staatsbürger in der Lage ist, sich diese Eigenschaften zu erwerben. Ob die von den Nationalliberalen erwähnten Momente diesen Voraussetzungen entsprechen, müsse eingehend geprüft werden.

Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Wilson und die Versailler Konferenz.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus am 14. Februar, ob das Versailler Manifest die Ansichten aller Ententemächte einschließlich der Vereinigten Staaten darstelle, gab Bonar Law eine zustimmende Antwort. Auf eine weitere Frage, ob Präsident Wilson darüber befragt worden sei, erwiderte Bonar Law, **Wilson habe Gelegenheit zur Zustimmung oder Ablehnung nicht gehabt.** Aber der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten sei bei der Konferenz zugegen gewesen.

Daily News bemerkt hierzu: Was Bonar Laws Erklärung wert ist, ergibt die Meldung unseres Neuyorker Berichterstatters, der auf Grund autoritativer Informationen mitteilt, daß die Vereinigten Staaten einen Vertreter nach Versailles gesandt haben, und daß Präsident Wilson in keiner Weise für das Vorgehen der Bundesgenossen verantwortlich ist. Die amerikanische Regierung hat die Konferenz als rein militärisch betrachtet und die Folgerungen daraus gezogen. Infolgedessen verfolgt auch Wilson in politischen Fragen seinen Kurs weiter, ohne Rücksicht auf die Versailler Kundgebung.

•

Wilson für eine neue Konferenz.

Wie dem Berliner Tageblatt von der Schweizer Grenze berichtet wird, meldet die Victoire, daß die von Präsident Wilson vorgeschlagene gemeinsame Alliierten-Konferenz zur Festsetzung der gemeinsamen Friedensbedingungen am 21. März in Versailles stattfinden solle.

Neue U-Bootsbeute.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote hat im Sperrgebiet an der englischen Westküste fünf Dampfer mit rund 23 500 Brutto-Register-Tonnen vernichtet, darunter einen großen englischen Passagierdampfer von etwa 13 000 Brutto-Register-Tonnen. Die übrigen vier Dampfer waren sämtlich tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Der deutsche Vorstoß in den Aermelkanal.

Berlin, 18. Februar. Die jetzt vorliegenden genaueren Meldungen über den Vorstoß unserer Torpedoboote in den Aermelkanal in der Nacht vom 14. zum 15. Februar zeigen, daß die **Erfolge noch erheblich größer waren, als in der ersten amtlichen Veröffentlichung mitgeteilt werden konnte.** Unsere Torpedoboote drangen in die kleine Enge zwischen **Dover, Folkestone,** Calais und Kap Grisnez ein und trafen dort eine aus Torpedobooten, U-Bootsjägern, bewaffneten großen und kleinen Dampfern und Motorschnellbooten bestehende starke Kanalbewachung an. Das gesamte Gebiet war durch Scheinwerfer und auf dem Wasser schwimmende Magnesiumleuchtkugeln taghell beleuchtet. Unverzüglich griffen unsere Torpedoboote zuerst die Fahrzeuge an, die mit Scheinwerfern die Straße beleuchteten. Ein großes Fahrzeug, anscheinend **ein alter Kreuzer** oder ein Spezialschiff, dem die Leitung der Kanalbewachung oblag, wurde durch Artillerietreffer aus nächster Entfernung zuerst in **Brand geschossen und dann durch einen Torpedo zum sofortigen Sinken gebracht. Vier zum Angriff gegen unsere Boote vorgehende Motorschnellboote wurden durch Artillerietreffer völlig zersplittert und vernichtet.** Der Schneid, mit dem diese mit Torpedobooten ausgerüsteten Boote unsere Streitkräfte angriffen, verdient hervorgehoben zu werden. Ein anscheinend älteres Torpedoboot wurde gleichfalls mit wenigen Salven **in Brand geschossen** und kenterte dann. Ein U-Bootsjäger mit der Bezeichnung 1113 am Bug wurde auf 30 Meter durch einen Volltreffer in den Kessel stillgelegt und durch weitere Treffer zum Sinken gebracht. Die auf ihm befindlichen Magnesiumleuchtmittel explodierten mit starker Detonation und sprengten unter hellem Lichtschein die Schiffsteile mit der Besatzung auseinander. Ferner wurde **noch das Sinken von mindestens weiteren 12 bewaffneten Fahrzeugen** sowie Treffer und starke Sprengwirkung auf noch mindestens 11 bewaffneten Fahrzeugen einwandfrei beobachtet, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der größte Teil von ihnen ebenfalls gesunken ist. Nur einzelne Fahrzeuge können sich schwerbeschädigt nach dem nur wenige tausend Meter entfernten Dover in Sicherheit gebracht haben. Die Menschenverluste beim Feinde sind dementsprechend hoch anzusetzen und unterliegen schätzungsweise 300. Sämtliche angegriffenen feindlichen **Fahrzeuge waren mit Geschützen und Wasserbomben bewaffnet.**

Die ganze Vernichtungsarbeit vollzog sich unmittelbar vor der englischen und französischen Küste, ohne daß weitere feindliche Seestreitkräfte zur Entlastung der angegriffenen hinzugeeilt wären. Unsere Torpedoboote traten daher nach erfolgreich durchgeführter Aufgabe den Rückmarsch an, auf dem sie mit feindlichen Streitkräften nicht mehr zusammentrafen.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Zu der englischen Nachricht, ein deutsches U-Boot habe am 16. Februar, morgens 12 Uhr 10, Dover beschossen, ist auf Grund der inzwischen eingegangenen neueren Meldungen unserer Seestreitkräfte über ihren Vorstoß in den Kanal zu bemerken, daß die erfolgreiche Beschießung durch Torpedoboote und nicht durch ein U-Boot ausgeführt wurde. Die Küstenbatterien von Dover haben das Feuer unserer Seestreitkräfte ohne Erfolg erwidert.

•

Die Ergebnisse des Luftkrieges im Januar.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Im Monat Januar haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 151 Flugzeuge und 20 Fesselballone verloren. Wir haben 68 Flugzeuge und vier Ballone eingebüßt. Davon sind 17 Flugzeuge jenseits unserer Linien verblieben, während die anderen 51 über unseren Gebiete verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von den 151 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen 138, von den 68 deutschen 61. Im einzelnen setzte sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 107 Flugzeuge wurden im Luftkampfe, 35 durch Flugabwehrkanonen, 3 durch Maschinengewehrfeuer von der Erde aus, eins durch Infanterie abgeschossen, 5 landeten unfreiwillig hinter unserer Linie. Von diesen Flugzeugen sind 67 in unserem Besitz, 84 jenseits der Linie erkennbar abgestürzt. Außerdem wurden 11 feindliche Flugzeuge jenseits unserer Linie zur Landung gezwungen.

Die Opfer des Fliegerangriffs auf England.

Nach einem amtlichen englischen Bericht wurden bei dem Fliegerangriff in der Nacht von Sonntag 15 Männer und 8 Frauen getötet und 27 Männer und 10 Frauen verwundet.

Die Vertreter der Ukraine über Sozialismus und Bolschewismus.

Zur Zeit befindet sich eine ukrainische Delegation in Berlin, wesentlich bestehend aus denselben Persönlichkeiten, die in Brest-Litowsk als Vertreter der Ukraine den ersten Friedensschluß unterzeichnet haben. Mit einem Mitglied der Abordnung, Professor Ostapenko, hatte ein Vertreter des Vorwärts ein längeres Gespräch, dem auch ein Mitglied der deutschen Reichstagsfraktion sowie verschiedene andere Vertreter der Ukraine, darunter auch M. Lewytzki, beiwohnten.

Professor Ostapenko betonte eingangs seiner Darlegungen ausdrücklich, daß auch die gegenwärtige Regierung und Rada der Ukraine durchweg sozialistisch ist, was die deutsche Arbeiterschaft leider viel zu wenig wisse. Sie bestehe aus Sozialrevolutionären und Sozialisten, die beide auf dem Boden des Marxismus stehen, und zwar überwiegend in der Zentral-Rada die Sozialrevolutionäre, in der Regierung die Sozialdemokraten. Das ist ein Beweis für den Stand der Einigkeit in der Ukraine, wo sich die Bewegung nicht wie in Groß-Rußland zersplittert und gespalten hat. Eine auf dem Boden der Ukraine gewachsene bolschewistische Bewegung gibt es nicht; was in der Ukraine an Bolschewismus existiert, ist importiert aus Petersburg und Moskau.

Die bolschewistische Regierung hat ganz systematisch von der ukrainischen Front die ukrainischen Truppenteile entfernt und nach Norden geschickt, so daß an der ukrainischen Front nur noch Bolschewiki zurückblieben. Den Waffenstillstand hat sie benutzt, um die bolschewistischen Truppen der Nordfront gegen die Ukraine in Bewegung zu setzen so daß sie diese völlig besetzt.

Wie stehen nun die ukrainischen Sozialisten zum Bolschewismus? Die ukrainische Idee ist dem Bolschewismus im Wesen feindlich. Die Ukrainer sind sich, ebenso wie die deutschen, englischen, französischen Sozialdemokraten, einig, daß in Rußland nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung nicht der Sozialismus auf einem Schlage eingeführt werden kann. Anders denken die Bolschewiki. In Groß-Rußland sind sie autokratische Selbstherrscher und wollen dasselbe in der Ukraine erreichen. Die Ukraine hatte schon aus sich heraus ein geordnetes Staatswesen geschaffen, sie hatte dies organisiert unter dem Druck des bolschewistischen Chaos. Sicherlich eine beachtliche Leistung. Wäre der Bolschewismus eine ukrainische Bewegung, dann wäre er keine Gefahr, denn „auch der ukrainische Bolschewiki bleibt ukrainischer Patriot". Nur Lenin und Trotzki sind ohne jedes Nationalgefühl, ihnen ist die Ukraine ein Gegenstand wie Tisch oder Bank. Wenn es für die allgemeine soziale Revolution nötig wäre, daß Rußland verschwinde, dann wären sie auch dazu bereit. Kein deutscher, französischer oder englischer Sozialist würde das für sein Land wollen. Die sozialistischen Experimente, die sie mit dem Lande machen, bedeuten eine Gefahr für die Ukraine, und deshalb sei es gerade sozialistische Pflicht für die Ukrainer gewesen, nicht nur den ideologischen, sondern den wirklichen Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.

In Brest-Litowsk mußten die Versuche, sich mit den Bolschewiki zu verständigen, abgebrochen werden. Denn den Bolschewiki war Brest-Litowsk auch nur ein Mittel zur Entfachung der europäischen Revolution. Das konnten die Ukrainer nicht mitmachen. Für solche Aufgaben haben die ukrainischen Sozialisten weder Macht noch Organisation. Sie glaubten, dem europäischen Sozialismus zu dienen, wenn sie sich als kräftiger Bruderstamm organisierten. Zur Wahrung ihres sozialistischen Gewissens müssen sie betonen: der in Brest-Litowsk von ihnen geschlossene Friede ist ein durchaus demokratischer Friede, er enthält weder Annexionen noch Kontributionen und bringt einen aus freier Uebereinkunft geschlossenen Handelsvertrag. Es ist der Friede, wie ihn das ukrainische Volk und die deutsche Arbeiterschaft gebraucht hat. „Wir sind nach Brest gekommen mit dem Wunsche nach allgemeinem Frieden. Aber sagen Sie selbst ob die Ukraine als eine entstandener Staat bei ihren Kräften einen entscheidenden Einfluß auf sein Zustandekommen haben konnte?" Aber hoffentlich wird auch der Separatfrieden den allgemeinen Frieden fördern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auf die Frage, ob die ukrainischen Sozialisten nur einen wirtschaftlich-politischen Kampf gegen den Bolschewismus führen oder ob sie nicht auch für eine Loslösung von Rußland eintreten, antwortete Professor Ostapenko: Die Rada hat selbst als erste die Schaffung eines Föderativ-Staates angeregt. Jetzt ist ein Föderativ-Staat unmöglich geworden, wir erstreben nur noch ein Zollbündnis.

Frage: Gilt diese Haltung nur für die Regierungsdauer der Bolschewiki? Antwort: Auch darüber hinaus. Denn nach unserer Voraussicht wird auf den Bolschewismus die Reaktion in Gestalt der Monarchie folgen. Aber selbst mit einem republikanischen Rußland erstreben wir nur ein Zollbündnis. Denn auch in ökonomischer Beziehung ist Rußland keine Einheit, sondern ein Koloß auf tönernen Füßen. Welche wirtschaftliche Interessengemeinschaft gibt es zwischen Kiew und Wladiwostok oder Archangel? Wenn in den früheren Kundgebungen der Rada dieser Standpunkt nicht hervorgetreten ist, so war das nur ein Moment der Taktik, denn im Anfang der Revolution war es gefährlich selbst nur das Wort Autonomie auszusprechen.

Frage: Sie haben den Bolschewismus als großrussischen Import bezeichnet, gibt es nicht auch eine ukrainische bolschewistische Partei? Antwort: Es gibt keinen einzigen Ukrainer, der im Leninschen Sinne bolschewistisch gesinnt ist. Das erkläre ich mit der größten Bestimmtheit. Gerade im Industriebezirk habe ich (Prof. Ostapenko) gearbeitet und kenne die dortigen Verhältnisse genauestens. Die Arbeiterräte von Charkow und im Don-Gebiet haben das Verlangen der Rada nach nationaler Selbständigkeit gebilligt und gutgeheißen. Der Charkower Aufstand wurde erst entfacht von bolschewistischen Regimentern, die in Charkow eindrangen und dort sagten, daß sich die ehrlichen Bolschewiki dessen schämten.

Unser Vertreter ging dann noch auf den Hilferuf an die Mittelmächte ein und fragte die ukrainischen Vertreter, ob sie gegen diesen Schritt nicht naheliegende Bedenken gehabt hätten. Hierauf erklärten Ostapenko und Lewytzki etwa folgendes: Die Bolschewiki verfahren uns in der skrupellosesten Weise. Ihre Armeen bestehen nicht aus Sozialisten, sondern aus den zweifelhaftesten Elementen, aus Landstreichern, Arbeitsscheuen, ja Zuchthäuslern. In Kiew hat man z. B. 1200 Zuchthäusler befreit und in die Rote Garde eingereiht. An der Spitze der bolschewistischen Soldaten stehen die gewesenen Gendarmen der Ochrana (der zaristischen Geheimpolizei). Können wir Leute als anständige Sozialisten ansehen, die mit Hilfe der zaristischen Gendarmen unser Land vergewaltigen, die besten Köpfe des Sozialismus verhaften und Frauen und Greise morden, weil sie nicht ihrer Ansicht sind? Gegenüber diesen Horden bedient sich die Ukraine im Stande der äußersten Notwehr.

Am Schluß der Unterredung baten die ukrainischen Vertreter, dem deutschen Proletariat die besten Grüße und Wünsche der ukrainischen Sozialisten zu übermitteln, ein Auftrag, den wir hiermit gern zur Ausführung bringen.

Zur Lage in Polen

Erfährt das Berliner Tageblatt, daß trotz Rücktritts des gesamten polnischen Kabinetts der bisherige Ministerpräsident Dr. v. Kucharzewski einstweilen die laufenden Geschäfte weiterführte. Die auf den 27. Februar anberaumten Wahlen zum Staatsrat sind sistiert worden, da sie sich auch auf das Chelmer Gebiet erstrecken sollten. Ebenso wie der Staatsrat wird nunmehr auch der Landtag nicht zusammentreten können. Der Regentschaftsrat hat in der Cholmer Angelegenheit ein Protestschreiben an Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl gerichtet und darin auseinandergesetzt, warum er noch weiterhin die polnische Nation repräsentieren könne. Er betrachte sich als vom polnischen Volk gewählt und werde dieses Mandat nicht ohne Zustimmung der Nation niederlegen. Bezeichnend ist es, daß sich sämtliche Parteien, bis auf die äußerste Linke, mit dem Vorgehen des Kabinetts solidarisch erklärt haben.

Die polnischen Zeitungen sind aus Warschau, nachdem sie zwei Tage lang ausgeblieben waren, wieder eingetroffen. Aus ihnen erfährt man, daß der Generalstreik in Warschau am Donnerstag zum Zeichen der „nationalen Trauer" über den Friedensvertrag mit der Ukraine durchgeführt worden ist. Alle die polnischen Blätter sind daneben angefüllt mit einer teils erregten, teils sentimentalen Kritik des Vertrages von Brest-Litowsk. Außerdem erfährt man aus ihnen die interessante Tatsache, daß die in Warschau eingetroffene Abordnung der polnischen Armeekorps im russischen Heere vorher sowohl bei Krylenko im russischen Hauptquartier wie auch bei Trotzki in Brest-Litowsk gewesen ist. Sie haben beiden ihre Forderungen — Selbständigkeit und eigenes Kommando im russischen Heeresverband — überbracht.

•

tu. Berlin, 19. Februar. Von einem Berliner Blatte ist einer Notiz zur polnischen Frage die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, sobald von Polen für Deutschland abzutrennen, was man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Wie der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind Beschlüsse, was weiter aus Polen werden soll, noch nicht gefaßt worden. Auf den Ausfall der letzten Entscheidungen wird wahrscheinlich vor allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie die befreiten Polen sich gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhalten gedenken.

25 Jahre Bund der Landwirte.

In Berlin hat der Bund der Landwirte seine Generalversammlung abgehalten. Dabei hat sich kaum etwas ereignet, was besonderer Beachtung wert wäre. Selbstverständlich ließ man es nicht an den bei dieser Gelegenheit üblichen Telegrammen an Wilhelm II. und Hindenburg fehlen. Dann gab der Hauptredner des Tages, Herr Roesicke, seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß wir nicht einen zollfreien Zolltarif haben, und daß uns die Zölle für Futtermittel gefehlt hätten. Wir wären dann, so behauptet Herr Roesicke, auch hinsichtlich der Futtermittel vom Ausland unabhängig. Den Beweis für seine Behauptung blieb Herr Roesicke allerdings schuldig. Da wir in Deutschland schon eine ziemlich intensive Bodenbewirtschaftung haben, ist es sehr unwahrscheinlich, daß der deutsche Boden genügend pflanzliche Nahrungsmittel und außerdem soviel Futtermittel hervorbringen könnte, wie nötig wären, um unseren im Frieden so großen Viehbestand zu erhalten. Ein Verzicht auf die Futtermitteleinfuhr wäre nur möglich, wenn wir dauernd unseren Viehbestand stark einschränkten, und wir dürften gerade die Landwirte nicht zu haben sein. Herr Roesicke wandte sich natürlich auch gegen die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 und verlangte, daß unsere Truppen in Estland und Livland einrücken und den Deutschen Hilfe kommen sollten. Er erklärte, daß wir Siedlungsgebiete im Osten brauchen. Dabei hat sich aber Herr Roesicke nicht darüber ausgesprochen, woher die Menschen kommen sollen, die das Land dort besiedeln sollen. Wir hatten wenigstens vor dem Kriege in Deutschland keine Menschen übrig. Es konnten da nicht einmal genügend Arbeitskräfte für unsere Landwirtschaft in Deutschland gefunden werden, und wir mußten große Mengen ausländischer Arbeiter heranziehen.

Herr von Wangenheim-Klein-Spiegel sprach unter anderem über unsere Kriegswirtschaft, er führte dabei aus: Lebhaft hätte uns stets eine weitsichtige Vorratspolitik. Erst als es zu spät war, schuf man kriegswirtschaftliche Einrichtungen bureaukratischer Natur, statt sie auf die freie Mitarbeit der Landwirtschaft zu gründen. Diese Kriegswirtschaft hätte Schiffbruch gelitten. Unter großer Heiterkeit fordert er denjenigen unter den Anwesenden auf, sich zu erheben, der sich noch nicht wegen Kriegsverordnungen vergangen habe. Der zunehmende Schleichhandel beweise, daß Ware da sei, die der Allgemeinheit zugute kommen könnte. Auch die Gendarmen seien Menschen, und wüßten, was Butter, Eier und Speck sind. Die unzähligen Kriegswirtschaftsstellen vergleicht er mit Spezialärzten, die ohne Rücksicht auf den Gesamtorganismus an einzelnem Gliede herumkurieren mit dem Erfolge, daß der Patient eines Tages hinüber sei.

Nach Herrn von Wangenheim traten noch die Herren Dr. Wildgrube und Oldenburg-Januschau auf.

In der Rede des gemütvollen Januschauers befindet sich folgende nette Stelle:

> Niemals habe es einen Minister gegeben, der seinem Vaterland so schlecht wie v. Bethmann-Hollweg gedient habe. Unsere inneren Zustände seien so zerfahren, daß auf den Kanzler, der diese Dinge wieder in Ordnung bringen will, geschossen werden wird; aber vorher wird er hoffentlich selbst haben schießen lassen.

Daß am Schluß der Tagung u. a. auch eine Resolution angenommen wurde, in der man sich über den Streik entrüstete, versteht sich von selbst. Wir wollen nur nochmals darauf hinweisen, daß gerade die Herren Agrarier am wenigsten Veranlassung haben, sich über die Streikenden zu entrüsten. Haben doch gar viele Angehörige ihres Standes durch ihren Widerstand gegen die Maßnahmen zum Schutze der Lebensmittelversorgung unseres Volkes unser Vaterland aufs schwerste geschädigt. Ist es Landesverrat, wenn die Arbeiter einige Tage die Arbeit niederlegen, um ihrer Mißstimmung über das Verhalten der Regierung und ihren Protest gegen die gemeingefährlichen Hetzereien unserer Eroberer zum Ausdruck zu bringen, so ist es ebenso Landesverrat, wenn Landwirte in dieser Zeit der größten Not jahraus jahrein dringend gebrauchte Nahrungsmittel der Allgemeinheit vorenthalten.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Die Beratungen des Vizekanzlers v. Payer mit den Vertretern der Fraktionen sind, wie die Tgl. R. erfährt, gestern zu Ende geführt worden. Der Vizekanzler hat die Fraktionen einzeln empfangen, mit ihnen das nächste Programm für die Arbeiten des Reichstages durchgesprochen und die politische Lage behandelt. Gleichzeitig hat auch Staatssekretär Graf Roedern mit den Fraktionsführern über die künftigen steuerlichen Maßnahmen Rücksprache genommen. Gestern abend fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Kühlmann eine mehrstündige, bis in die späten Abendstunden dauernde Vorberatung über den Frieden mit der Ukraine statt. Staatssekretär v. Kühlmann und Exzellenz v. Körner berichteten eingehend über die politische und wirtschaftliche Seite des Friedensschlusses. Man nimmt an, daß der Reichstag heute lediglich seine kurze Tagesordnung erledigt und dann sofort in die Beratung des Hauptausschusses eintreten wird, woran sich am Donnerstag die erste Lesung des Friedensschlusses mit der Ukraine anschließen, die durch eine Rede des Staatssekretärs von Kühlmann eingeleitet werden wird. Voraussichtlich wird alsdann der Friedensvertrag an den Hauptausschuß verwiesen werden. Am Freitag soll die dritte Lesung stattfinden. Der Sonnabend bleibt voraussichtlich sitzungsfrei, weil die nationalliberale Fraktion an diesem Tage in corpore in Hamburg weilt, und am Montag wird die Generaldiskussion über den Reichshaushalt vor sich gehen, die Graf Hertling mit einer Rede über die auswärtige Politik einleiten wird.

Die künftigen Lieferungsverträge.

Obst und Gemüse.

Die Entscheidung über die neuen Gemüselieferungsverträge ist, wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, jetzt gefallen. Maßgebend bleiben nach wie vor die Bestimmungen der Verordnung vom 2. April 1917 über die Bewirtschaftung von Gemüse und Obst, die nicht geändert worden sind. Auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres hat sich jedoch die Notwendigkeit ergeben, das Verfahren beim Abschluß und bei der Genehmigung von Lieferungsverträgen in einigen Punkten anders zu gestalten. Für 1918 gilt nun folgendes Verfahren:

Auch im Jahre 1918 haben sich die Bedarfsstellen (Kommunalverbände und Großverbraucher) mit Gemüse durch Lieferungsverträge über das noch nicht abgeerntete Gemüse selbst zu versorgen. Zum Abschluß von Lieferungsverträgen über Gemüse im eigenen Namen oder im Namen der Reichsstelle für Gemüse und Obst (Geschäftsabteilung) sind außer dieser befugt: 1. Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst sowie das Ernährungsamt für die thüringischen Staaten in Weimar, 2. städtische und ländliche Kommunalverbände (kreisfreie wie nicht kreisfreie), 3. Großverbraucher unter besonderen Bedingungen und nur mit Genehmigung des für sie zuständigen Kommunalverbands, soweit es sich nicht handelt um militärische Dienststellen und gemüseverarbeitende Unternehmungen, die bei der Gemüsekonservenkriegsgesellschaft in Braunschweig, der Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse in Berlin oder der Abteilung Sauerkraut der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, angeschlossen oder kontingentiert sind.

Alle diese Stellen schließen die Lieferungsverträge nur mit Erzeugern oder Erzeugerverbänden ab, nicht mit Vertretern des Handels als Vertragsparteien. Dagegen bedienen sie sich des Handels als Beauftragten. Verträge, die Händler ohne Auftrag selbständig mit Erzeugern geschlossen haben, werden nicht genehmigt.

Gegen Geschlechtskrankheiten und Geburtenverhinderung.

Die bevölkerungspolitischen Arbeiten des Reiches, die dem Neuaufbau unserer Volkskraft nach dem Kriege dienen sollen, werden demnächst durch zwei Gesetzentwürfe eingeleitet werden, die soeben dem Reichstage zugegangen sind. Der eine Gesetzentwurf betrifft die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der andere richtet sich gegen die Verhinderung der Geburten.

§ 2 des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bedroht denjenigen mit schwerer Gefängnisstrafe, der den Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet.

Die Bestimmungen des § 8 wenden sich gegen die Kurpfuscher. Verboten ist die gewerbsmäßige Behandlung von Geschlechtskrankheiten sowie von Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane allen Nichtärzten.

Durch die Bestimmungen der §§ 5 und 6 wird eine Sanierung des Dirnenwesens angestrebt, mit dem Ziele, möglichst alle Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, einer fortlaufenden, soweit angängig freiwilligen und unentgeltlichen ärztlichen Ueberwachung zuzuführen. § 6 schränkt den sogenannten Kuppeleiparagraphen (§ 180 des Strafgesetzbuches) dahin ein, daß dessen Vorschriften keine Anwendung finden sollen auf das Gewähren von Wohnungen an Personen über 18 Jahre, wenn damit weder ihre Ausbeutung noch ein Anhalten zur Unzucht verbunden ist.

Um die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten auf Kinder zu verhindern, sind in § 7 nähere Bestimmungen für Ammen usw. getroffen.

In dem Entwurf des Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten sind im § 1 Handhaben gegeben, um das gewerbsmäßige Herstellen, das Vorrätighalten und Inverkehrbringen von Mitteln oder Gegenständen, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhüten oder die Schwangerschaft zu beseitigen, zu verbieten oder zu beschränken; jedoch soll hierbei, soweit solche Mittel zugleich der Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, auf die Bedürfnisse des Gesundheitsschutzes Rücksicht genommen werden.

Verboten ist weiterhin in § 3, empfängnisverhütende oder fruchtabtreibende Mittel, Gegenstände oder Verfahren öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften usw. anzukündigen.

Nationalliberale für die Wahlrechtsreform. Das allgemeine Wahlrecht in Preußen — eine nationale und politische Notwendigkeit. Das ist die Stellung, die der Provinzialvorstand der Nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg eingenommen hat, und zwar, wie es in dem uns vorliegenden Berichte heißt, mit starker Mehrheit. Der Vorstand hat in Verbindung damit die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses gebeten, für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen zu stimmen. Das gleiche Wahlrecht sei heute eine nationale und politische Notwendigkeit.

Zuchthaus für Schleichhändler und Wucherer. Die Verabschiedung der Schleichhandels- und Wucherer-Verordnung durch den Bundesrat steht bevor. Die Vorlage ist nur kurz, so daß anzunehmen ist, daß sie die einschlägigen Ausschüsse bald passiert haben wird. Wie man vernimmt, richtet sich das Gesetz nicht gegen die Käufer, die Lebensmittel nur zum Verbrauch im eigenen Haushalt kaufen, sondern gegen die Händler, die Waren zum Weiterverkauf, also zu Spekulationszwecken, erwerben und unter Verletzung der den Verkehr mit diesen Waren regelnden Vorschriften weiterverkaufen. Als Strafen sind Geld- und Gefängnisstrafen, in Wiederholungsfällen Zuchthausstrafen vorgesehen.

Jedenfalls kommt das Gesetz ungebührlich spät.

Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Dittmann. Abgeordneter Ledebour hat im Reichstag den Antrag eingebracht, den Abgeordneten Dittmann für die Dauer der Sitzungsperiode des Reichstags aus der Haft zu entlassen. Der Artikel 31 der Reichsverfassung sagt in seinem Absatz 3: „Auf Verlangen des Reichstags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben."

Ausland.

Frankreich.

Abschluß der Untersuchung gegen Caillaux.

Der Figaro meldet: Die Untersuchung gegen Caillaux ist abgeschlossen. Das Militärgericht des Seinedepartements hat sich für zuständig erklärt. Die Verhandlungen sollen in der ersten Märzwoche beginnen.

Humbert verhaftet.

Paris, 18. Februar. (Havas.) Senator Charles Humbert ist heute früh auf seinem Schlosse im Departement Calvados, wo er vorgestern angekommen war, verhaftet worden.

Großbritannien.

Hochverratsanklage gegen Oberst Repington.

Daily Mail berichtet, daß gegen Oberst Repington die Anklage wegen Hochverrats eingeleitet ist. Die liberale Partei wird den Fall Repington im Parlament zur Sprache bringen.

Aus aller Welt.

Explosion.

Berlin, 19. Februar. Dem Lokalanzeiger wird aus Posen berichtet: In einem Orte bei Posen explodierte infolge Unvorsichtigkeit eine Kanne mit Benzol. Die aus acht Köpfen bestehende Familie eines Landwirts stand sofort in Flammen. Zwei Kinder sind bereits den Verletzungen erlegen. Der Zustand der übrigen ist hoffnungslos.

Schulleute als Erpresser.

Nachdem neulich zwei Schulleute vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Köln als Erpresser abgeurteilt worden waren, standen dieser Tage wiederum zwei Kölner „Sicherheitsbeamte" wegen desselben Verbrechens vor dem Kriegsgericht. Sie hatten bei einer Haussuchung durchblicken lassen, die Sache ließe sich auch anders regeln und gaben dem Beschuldigten einen Tag „Bedenkzeit". Am nächsten Tage brachte der Beschuldigte dem Polizisten 100 M. Der Polizist schob das Geld jedoch mit einer verächtlichen Geste zurück. „Aus dem Geschäft muß mindestens ein Brauner herauskommen, da mehrere zu teilen haben". Der Betrogte rückte nun auch 1000 M. heraus. Ein Teil des Geldes ist später zurückgezahlt worden. Beide Beamte, die Kriegsteilnehmer und Vater von vier bzw. fünf Kindern sind, entschuldigen sich mit ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage. Der eine erhielt neun, der andere 17 Monate Gefängnis. Das Gericht erklärte, mit dem Urteil abschreckend wirken zu wollen.

Letzte lokale Nachrichten.

Feuer auf dem Bahnhof Klotzsche.

In der vergangenen Nacht brannte auf dem Bahnhof Klotzsche ein mit Oel und Lumpmaterial angefüllter Schuppen vollständig nieder. Es dürfte Brandstiftung vorliegen.

Zusammengebrochener Postwagen.

Am Montag abend sperrte an der Ecke des Postplatzes und der Annenstraße das Wrack eines Postwagens den Verkehr. Zur Beseitigung des Verkehrshindernisses mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden.

Tod durch Gasvergiftung.

Am Montag abend nach 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Wurzener Straße alarmiert. Dort hatte sich ein 63jähriger Mann durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben nach 30 Minuten ohne Erfolg.

Ein verwegener Einbruch

wurde nächtlicherweile in ein Feinkostgeschäft in der Vorstadt Löbtau verübt. Die Diebe müssen sehr vorsichtig zu Werke gegangen sein, denn der Inhaber und seine Familie haben von dem Einbruch überhaupt nichts verspürt. Sie hielten aus dem Keller Fleisch- und Wurstwaren, eine beträchtliche Menge, sowie aus dem Geschäft selbst und der anliegenden Wohnung Brote, Zigaretten, wertvolle Wäsche u. a. mitgehen. Die Einbrecher hatten die große Frechheit, verschlossene Behälter mit Werkzeug gewaltsam zu öffnen.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte
für den 20. Februar 1918:

Meist heiter und trocken; keine wesentliche Temperaturänderung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Städtischer Möhrenverkauf.

Letzter Verkaufstag ist Donnerstag der 21. Februar 1918.

Ausweise 146, die bis dahin nicht in einer der in unserer Bekanntmachung vom 30. Januar 1918 genannten Verkaufsstellen eingereicht worden sind, werden nicht mehr beliefert.

Dresden, am 16. Februar 1918. [S 58

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Deutscher
Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Dresden

[S 563

Für die Arbeiterschaft der **Zigarettenindustrie** findet Mittwoch den 20. Februar, gleich nach Arbeitsschluß, im **großen Saale des Volkshauses**, Nitzenbergstraße 2, eine allgemeine, wichtige

Branchen-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. **Die Antwort des Arbeitgeber-Verbandes der Zigarettenindustrie auf die Lohnforderung.**
2. **Aussprache.**

Kolleginnen und Kollegen! Erneut ist es dringend notwendig, massenhaft an der Versammlung teilzunehmen. Jeder Betrieb muß vollzählig vertreten sein. Es handelt sich um eine entscheidende Stellungnahme in der Lohnsache. **Die Sektionsleitung der Zigarettenbranche.**

SARRASANI

Allabendlich **7** Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch **3** Uhr. Vorverkauf: Residenz Kaufhaus.

NEUN DRAMATISCHE KOLOSSAL-BILDER

TORPEDO--LOS!

und der **Circus-Spielplan!** [S 50

Sarrasani-Trocadero: 7 bis 11½ Uhr: Stimmungs-Abende. Gastsp. Otto Jählich.

Dresdner Volkshaus-Theater

Direktion: Karl Friedheim

Ritzenbergstraße 2 — **Am Schützenplatz**

Mittwoch den 20. Februar, nachmittags

Hänsel und Gretel

Kindermärchen mit Gesang in 5 Bildern von Große.

Anfang 3 Uhr. Eintritt 20 Pf. [S 71

Musenhalle. [S 65

Verstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahnl. 7, 13, 22

Tägl. abds 8,10. Der neue Lachschlager

Tante Knaster

Originalschwank von Horst in drei Akten. **Neu für hier!**

Vorverkauf wie bisher. 1 Platz 20 Pf.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen

echten Straußfedern „Brunhilde“

Der reizende einzig feine Damenhutputz. Sommer u. Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. **Ich liefere unter Nachnahme in schwarz u. weiß.**

Länge ca. 26, Breite ca. 13 cm, zu 3.25
„ „ 32, „ „ 15 „ „ 4.30
„ „ 46, „ „ 17 „ „ 8.00

S 340]

Zurücknahme nach tägiger Probe!

Pracht-Katalog, größte Auswahl in Strauß-Federn, Straußfeder-Kränzen und -Boas, versende an jedermann umsonst.

Viele Auszeichnungen hoher Herrschaften. — Alte Adelsfamilien kaufen bei uns. — Hofpflegerin.

Ernst Lange, Straußfedern-Spezialhaus **Düsseldorf,** Arnoldstraße 21 a

Kein Ladengeschäft! Versand direkt an Private!

Grundstücksverkäufe

in Kroegis' Konkurs.

Die Flurstücke von Meißen, Flurabteil. Cölln

502, 503, 504, 505, 512, 513, 514, 515, an der Zaschendorfer Straße, in unmittelbarer Nähe des Ländlichen Krankenhauses gelegen

geeignet zu Baustellen

sind zu verkaufen.

Rechtsanwalt **Streller,** Meißen als Konkursverwalter.

S 22]

Sommer-Hüte

zum Umnähen auf neueste Formen nimmt schon jetzt entgegen

M. Hensel

Zinzendorfstr. 51

Sanitärer

Bedarf für Kranken- und Wochenpflege. [S 15

Frau Heusinger

Am See 37.

Zahle für

geb. Zeitungen à kg 27 ₰, Hefte, Bücher, Zeitschr., Akten à kg 23 ₰, Lumpen, Knochen, Eisen, Glasbruch höchste Preise. [HS213

Otto Claus, Lübecker Str. 20 Tel. 28779 Nebenst. Hole ab.

S 30] Zahle hohe Preise für

Weinflaschen

Zeitungspapier aller Art, Sekt- und Weinkorke, Zahnpulver, Zahn 55 Pf., bei Einbringung Straßenbahn vergütet. Tagelöhner, Dresdner Schriftenfabrik, Fel. 2 6 2

Zeitungen

Kilo **25** ₰

Hefte, Akten, Zeitschriften (unter Gar. d. Einst.), Wein- u. Sektfl. St 15 ₰, Lump., Metall, Gummi kauft u. holt ab Sperling, Marx.-Luth.-Str. 34 [B 223

Lehrlinge

für Schlosserei und Dreherei

werden angenommen

Vereinigte Wasserturbinen-Werke G. m. b. H.

Dresden-Reick, Leubener Straße 18. [S 84

Tüchtige [S 84

Linonhutzieher

sofort gesucht

Struvestrasse 30.

Dresdner Hutfassonfabrik.

Putz!
Heimarbeiterinnen

auf große Posten Linonform. sucht für sofort [S 84

Dresdner Hutfassonfabrik

Lüttichaustraße 15, 1.

Hausmädchen

per sofort oder später gesucht.

Langermann, Gr. Brüdergasse 11, 1., Eingang Querstraße.

Polsterer und Tischler

werden sofort eingestellt.

Max B. Sier, Meißner Str. 72

Eleg. Kinderwagen bill. z. verk. Görlitzer Straße 28, 2. Hinterhaus, parterre, rechts (Becker)

Jg. Mädchen kann **gründlich** die **Schneiderei** erl. Wenzel, Münchner Str. 20, 8. [B 3251

Potschappel.

Auf Abschnitt II der Nährmittelkarte kann in dem Geschäft, in dem der Abschnitt zur Belieferung angemeldet worden ist, entnommen werden:

Auf die weiße Karte (A) ½ Pfund und auf die übrigen Karten (B, C, D) je ¼ Pfund Nudeln zum Preise von 82 Pf. für ein Pfund.

Potschappel, den 18. Februar 1918.

W 205] **Der Gemeindevorstand.**

Former-Lehrlinge

für Ostern werden angenommen

Friedrich Zitkow, Eisen- und Stahlwerk **Dresden-A.,** Löbtauer Str. 51/55. [S 244

Tüchtige

Dreher u. Schlosser

sofort gesucht.

„Universelle“

Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.

Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17. [S 10

Werkzeugschlosser, Dreher

Horizontalbohrer [S 243

in dauernde Beschäftigung sucht

Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Gelernte

Dreher und Fräser

für sofort gesucht.

The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden

Dornblüthstraße 43. [S 243

Wir suchen sofort in dauernde Stellung

Mechaniker, Werkzeugschlosser und Dreher

Ernemann-Werke A.-G., Dresden

Schandauer Strasse 48. [S 840

Handnäherinnen

für Linonformen sofort gesucht. [S 84

Struvestraße 30, II.

Wir empfehlen:

Die Kohlenzille

und andere Erzählungen

von

Robert Grötzsch.

Gebunden 5.00 M., broschiert 3.50 M. Durch die Post 20 Pf. Porto.

Der Vorwärts schreibt: Grötzschs Humor ist unbändig, greift keck ins volle Menschenleben, holt selbst die Sterne vom Himmel; sein Humor ist lachender Ernst und darum echt. Jede Zeile, jedes Wort atmen Witz, darum hält die Spannung durch das ganze Buch an.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Sonntag früh entschlief sanft mein lieber, treusorgender Gatte, unser guter Sohn, Bruder und Schwager, der **Gastwirt** [B 3256

Ernst Friedrich Emil Zirnstein

im vollendeten 50. Lebensjahre. In tiefer Trauer:

Dresden, Schulgutstraße 28.

Marie Zirnstein nebst Eltern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Halle des Annenfriedhofs, Löbtau, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am 18. Februar, früh, mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel [B 3255

Herr Wilhelm Krüger

Kassenbote bei der Dresdner Allgemeinen Ortskrankenkasse

nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 72 Jahren im Friedrichstädter Krankenhause sanft verschieden ist.

Die Einäscherung findet Freitag den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Tolkewitz statt.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Die tieftrauernde Witwe Theresia Krüger.

Keine Wanze mehr für 1.50 M.

Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Nur mit Nicodual I — II zu erzielen. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt.

Doppelpackung 1.50 Mark nur bei **Weigel & Jeh,** Marienstraße; bei Einsendung von 1.90 M. portofreie Zusendung nach auswärts. [S 24

Fabrikant: **Kammerjäger R. Berg,** jetzt Pollerstraße 13, früher Mathildenstraße 28. Telephon 27002.

Soeben ist erschienen:

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Würzburg am 14. bis 20. Oktober 1917

Preis broschiert 3 Mark

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Dresden, Wettinerpl. 10, und die Austräger der Volkszeitung

---

Soziald. Verein Dresden-Altstadt

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse

Wilhelm Krüger, Kassenbote

verstorben ist. Die Einäscherung findet Freitag nachmittag 2 Uhr im Krematorium statt.

Weiter sind verstorben die Genossen

Ernst Müller, Maurer

Julius Mühle, Zimmerer

und die Genossin

Wilhelmine Bähnsch.

Ehre ihrem Andenken! [S 4 7] **Der Vorstand.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Zahlstelle Dresden.

Der Kollegenschaft hierdurch die Mitteilung, daß am 18. Februar unser langjähriges Mitglied, die

Wickelmacherin Pauline Pissoka

im Alter von 58 Jahren verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! — Die Beerdigung findet am 21. Februar nachmittags 2 Uhr von der Halle des Vieschner Friedhofes aus statt. — Die Kollegenschaft wird gebeten, der Verstorbenen das letzte Geleit zu geben.

S 563] **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Bureauangestellten.

Hierdurch allen Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser ältestes Mitglied, der Beitragssammler an der Ortskrankenkasse Dresden

Kollege Wilhelm Krüger

verstorben ist.

Die Einäscherung findet Freitag nachmittag 2 Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt.

Wir ersuchen um recht zahlreiches Geleit zur letzten Ruhestätte. **D. V.**

Ein treues Mutterherz gebrochen!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unser gutes Mutterchen, unsere Schwieger- und Großmutter an Schlaganfall verschieden ist.

In unsagbarem Schmerze: [B 3252

Paul Pissoka als Gatte
Max Pissoka und Familie
Martha Pissoka
Familie Ruschka, Bojanowo (Provinz Posen)
Artur Schiller, z. Z. im Felde.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Vieschener Friedhofe statt.

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Onkel, der

Tabakarbeiter Hermann Wirsig

nach kurzem aber schwerem Leiden Sonnabend nachmittag 5 Uhr sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Halle des St.-Pauli-Friedhofes aus statt.

Für die trauernden Hinterbliebenen:

B 3257] **Anna Wirsig.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters, Bruders, Onkels und Schwagers, des

Herrn Alois Kynast

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Denkmachern sowie seinen Arbeitskollegen, der [illegible] und dem Holzarbeiterverband für den reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte den **herzlichsten Dank!** [B 3254

Dresden, den 19. Februar 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Kirchliche Steuerschmerzen.

Bei der Beratung des Kultusetats in der Ersten Kammer verlangte Oberhofprediger Dibelius selbständiges Besteuerungsrecht für die evangelische Landeskirche. Nach Meinung des geistlichen Oberhirten würde die Kirche nach dem Kriege vor neue Aufgaben gestellt werden, sie habe sich auch solche vorgenommen. Eine umfassende Neuordnung auf kirchlichem Gebiete durchzuführen, wäre aber unmöglich, wenn der Kirche nicht das Recht der selbständigen Besteuerung verliehen würde, um sich selbst die Mittel zu beschaffen, die für eine große Initiative unerläßlich sei. In anderen deutschen Bundesstaaten besäße die Kirche heute schon dieses Recht. Die letzte Landessynode habe die Gründung eines landeskirchlichen Predigerseminars beschlossen. Um die Mittel dafür aufzubringen, sei jetzt die Kirche auf eine Kollekte angewiesen, die im Vorjahre 14 000 M. ergeben habe. Wollte die Kirche auf diese Weise das nötige Kapital zusammenbringen, so würde sie auf eine jahrzehntelange Bettelei angewiesen sein.

Dem Kultusminister war der Gedanke natürlich äußerst sympathisch und er würde natürlich gern ohne weiteres den pfäffischen Wunsch erfüllen, indessen mußte er auf einen Wink des Finanzministeriums die Erklärung abgeben, daß zunächst eine abwartende Haltung eingenommen werden müsse, bis nach dem Kriege sich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse von Staat, Gemeinden und Kirche übersehen ließen. Dann aber werde die Regierung gern in Erwägung darüber eintreten, ob und inwieweit ein solches selbständiges Besteuerungsrecht der Landeskirche eingeräumt werden könne. Der Zwickauer Oberbürgermeister konnte sich diesen Ansichten nicht ohne Bedenken anschließen. Ihm bereitet es Sorge, daß jetzt auch die Kirche selbständig aus der Steuerjuppe löffeln will, obwohl das Reich schon kräftig hineingreifen werde. Er wies auch darauf hin, daß der Staat jetzt schon für kirchliche Zwecke beim Kapitel der Evangelischen Kirchen ziemlich 5 Millionen bewillige; er befürchtet, daß die Bedürfnisse der Kirche sich recht bald steigern würden und damit auch die kirchlichen Abgaben. Bei Einführung der letzteren käme man auch nicht umhin, der Kirche das Recht der Exekutive einzuräumen. Dieses Odium, das dem Eintreiben von Steuern durch die Kirche anhafte, sollte man nicht so leicht nehmen. Sollte das nicht der Anfang der Loslösung der Kirche vom Staate überhaupt sein? Die Aufhebung der Landeskirche würde die Folge des selbständigen Besteuerungsrechts sein.

Die Debatte endete ohne irgend ein Ergebnis. Möglich ist aber, daß die Kirche ihre Pläne weiter verfolgt. Uns könnte es schon recht sein. Gegen die Selbständigkeit der Kirche haben wir gar nichts einzuwenden. Wir müssen freilich dann auch fordern, daß sie nicht länger vom Staate subventioniert wird. Ein Steuerrecht können wir ihr freilich nicht zubilligen, müßten sie vielmehr auf freiwillige Beträge verweisen. Dabei möchten wir, um allen Einwänden zuvorzukommen, auf ein Wort hinweisen, daß Dr. Dibelius in dieser Debatte fallen ließ: „Eine Kirche, die ihre Mitglieder nur dadurch zusammenhalten kann, daß sie ihnen keine finanziellen Lasten auflegt, ist nicht wert, daß sie besteht." Dasselbe gilt auch von einer Kirche, die nicht ohne die Bezüge aus der Staatskrippe existieren kann und nicht imstande ist, sich durch freiwillige Beiträge ihrer Gläubigen zu erhalten.

In die Nase gefahren

sind dem Ministerium des Innern die kritischen Randglossen, mit denen ein Teil der Presse seine jüngste Schöpfung, das Heroldsamt, bedacht hat. Die dadurch an dieser Regierungsstelle aufgerührte Empfindlichkeit hat folgende Entladung gezeitigt, die wir in dem Nachrichtenblatt des Ministeriums des Innern finden:

Solange nur nichtsächsische Zeitungen die Verordnung über die Errichtung des Heroldsamts im Ministerium des Innern mit billigen Witzen lächerlich zu machen versuchten, ist von einer Entgegnung hieraus abgesehen worden. Nachdem aber auch Dresdner Zeitungen, die sich leicht über den Sachstand hätten unterrichten können, es für angezeigt gehalten haben, recht ungereimte Bemerkungen daran zu knüpfen, wird darauf hingewiesen, daß es sich bei Errichtung des Heroldsamts lediglich um eine Neubenennung der seit 15 Jahren bestehenden Adelsabteilung des Ministeriums des Innern handelte, die vor allem erfolgt ist, um für den „Kommissar für Adelssachen" eine deutsche Benennung einzuführen. Außerdem aber wurde dabei dem Umstande Rechnung getragen, daß die Tätigkeit der erwähnten Adelsabteilung sich auf einen weiten Kreis heraldischer Fragen und insbesondere auch auf die immer größere Bedeutung gewinnende bürgerliche Familienforschung ausgedehnt hat.

Wir können nicht finden, daß durch diese Auslassung sich etwas für die sächsische Regierung gebessert hat. Die kritischen Bemerkungen drücken doch besonders die Verwunderung darüber aus, daß man in dieser ernsten, schweren Zeit mit seiner Ueberfülle von Aufgaben in Sachsen nichts Besseres zu tun weiß, als diesen Adelszopf frisch zu pudern und mit einer neuen Schleife zu versehen. Da nicht abzustreiten ist, daß man das trotz den dringenden Aufgaben getan hat, hätte man besser getan, durch einsichtiges Schweigen diese Probe sächsischer Neuorientierung bald der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, statt sie wieder durch die zitierten, ebenso empfindlichen wie unangebrachten Bemerkungen in Erinnerung zu rufen.

Keine Herabsetzung der Kriegsrenten bei Arbeitsverdien .

Das Kriegsministerium teilt mit: Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die gesetzlichen Versorgungsgebührnisse der Kriegerwitwen herabgesetzt werden, wenn diese Witwen lohnbringender Arbeit nachgehen. Diese Ansicht ist unzutreffend.

Die Ledigensteuer.

Wie mitgeteilt wird, soll jetzt die Ledigensteuer für beide Geschlechter auch in Waldenburg i. S. eingeführt werden. Die Steuer soll erhoben werden bis zum Alter von 55 Jahren und zwar ist die niedrigste Einkommengrenze 1400 M.

Die Not der Schule im Kriege

wird durch einige Tatsachen beleuchtet, die Kultusminister Dr. Beck bei der Beratung des Bildungshaushalts im Landtage mitteilte. Vor dem Kriege wirkten in den Volksschulen Sachsens 14 800 Lehrende; von ihnen standen am 1. Oktober 1917 noch 8065 im Volksschuldienste. Fast 6000 Volksschullehrer sind der Schule gegenwärtig durch den Heeresdienst entzogen. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Herabsetzung der unterrichtlichen Versorgung unserer Schuljugend: die Klassen mußten bis zur Grenze des Möglichen besetzt werden, die Zahl der Stunden für die Unterrichtsfächer wurde vermindert. Seit Beginn der Mobilmachung sind 9178 Lehrer zum Heeresdienst einberufen, 2019 wieder entlassen worden. Auch dieser Austausch der Lehrer zwischen Schul- und Heeresdienst mit seinem steten Lehrerwechsel griff störend in die Unterrichtsarbeit der Schulen und Klassen ein. Der Kohlenmangel zwang im vorigen Jahre vielfach zur Schließung, in diesem Jahre nicht weniger häufig zur Verlegung und Zusammenlegung ganzer Schulen. Nur unter den größten Schwierigkeiten war unter diesen Verhältnissen ein halbwegs geordneter Unterrichtsbetrieb noch möglich. Auch der Gesundheitszustand der Lehrer wirkte ungünstig ein. Die Kriegsverhältnisse haben „vielfach starke Abmagerung, verminderte körperliche und vielfach auch geistige Leistungsfähigkeit, vorzeitiges Altern, Nachlassen der Sinnesschärfe u. a. herbeigeführt"; die Erschwerung und Vermehrung der Berufsarbeit, die starke Belastung der Lehrerschaft mit allen Arten des Hilfsdienstes in der Kriegswirtschaft hinter der Front kommen neben der Ernährung im allgemeinen als Ursachen in Betracht. Das ist gewiß — es wird in Sachsen wie allerwärts ganz außerordentlicher Maßnahmen und der Aufwendung beträchtlicher Mittel bedürfen, um unsere Volksschule nach dem Friedensschluß wieder in geordnete Verhältnisse überzuführen und sie wenigstens wieder auf den Stand zu bringen, den sie bei allen Mängeln im einzelnen vor dem Kriege erreicht hatte.

Selbstverständlich leidet unter all diesen Mängeln der Unterricht recht fühlbar. Dazu kommt noch die geringere Aufnahmefähigkeit der Kinder, deren Gesundheitszustand unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders leidet, denn der weitaus größte Teil ist unterernährt.

Weiterverkauf städtischen Weines von Millionenwert.

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten erfahren, ist es der Stadt Leipzig gelungen, den von ihr für die städtische Bevölkerung angekauften Ungarwein wieder zu verkaufen. Es war das ansehnliche Quantum von 7000 Hektoliter zum Preise von rund 8 Millionen M. angekauft worden. Der Ankauf des Weines, der ohne Hinzuziehung von Sachverständigen der sächsischen Regierung zu einem Preise abgenommen wurde, der der Qualität des Weines nicht entsprach — stellte sich dieser doch im Kleinverkauf auf 6.60 M. für den Weißwein und 7 M. für den Rotwein für das Liter —, wurde von den Stadtverordneten einer Kritik unterzogen. Der Stadt Leipzig ist es nun gelungen, den von der Stadt noch nicht übernommenen Wein, es handelt sich um 5000 Hektoliter, weiter zu verkaufen. Abnehmer ist die Einkaufsgesellschaft Westsachsen. Diese hat dem Vernehmen nach den Wein nach einer Stadt Norddeutschlands, und zwar soll Altona in Frage kommen, weiterverkauft. Die Stadt Leipzig ist bei diesem Geschäft noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Queckensammlung.

Die Amtshauptmannschaft Freiberg gibt bekannt: Die Landwirte des Bezirks werden hierdurch aufgefordert, die auf ihren Aeckern vorhandenen Quackenwurzeln zu sammeln und an die Sammelstellen des Bezirksverbands der Königlichen Amtshauptmannschaft Freiberg, Herrn Kaufmann Georg Wartner, Freiberg, Ostbahnhof, oder seine Getreideumtauschläufer abzuliefern. Für den Zentner lufttrockener, gereinigter Quecken ohne Erdklumpen und andere fremde Bestandteile werden 2,50 M. gezahlt, einschließlich Anfuhr und Einladen in den Eisenbahnwagen. Die Verbrennung oder sonstige Vernichtung von Quackenwurzeln wird verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Chemnitz. Zugunsten der Kriegsbeschädigten, die ohne Militärrente entlassen worden sind, hat der Rat beschlossen, ein Berechnungsgeld von 30 000 M. in den Haushaltplan für 1918 einzustellen, das unter Aufsicht des Rates zur Verfügung des Vereins Heimatdank für die Stadt Chemnitz gehalten werden soll.

Löbau. Der Bezirkstag der hiesigen Amtshauptmannschaft beschloß eine Sonderunterstützung derjenigen Kriegerwitwen, die in ihrer Unterstützung schlechter gestellt sind als Kriegerfrauen, deren Mann noch lebt. Der Bezirk vergütet den Gemeinden 60 Proz. der ihnen hieraus erwachsenden Kosten. — Infolge hoher Kriegsleistungen mußte die Bezirkssteuer allmählich von 4 Proz. auf 15 Proz. erhöht werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Verwahrlosung der Jugend zeigt auch zu ihrem Teile schwere sittliche Verfehlungen, die sich in Glöda bei Bautzen sowohl schulentlassene, als auch noch schulpflichtige Knaben und Mädchen haben zuschulden kommen lassen. Die Angelegenheit beschäftigte die Gerichte. — Am Sonnabend mit ag setzte in Oberwiesenthal heftiges Schneetreiben bei anhaltender Kälte ein, so daß bereits alles wieder in blendendes Weiß gehüllt ist und Ski und Rodel wieder in flotter Tätigkeit sind. — Am Sonnabend früh wurde auf dem Bahnhof Freiberg der Weichenwärter Mischke beim Ueberschreiten der Geleise von einer Lokomotive erfaßt, zu Boden geworfen und überfahren. Der linke Fuß wurde ihm oberhalb des Knöchels zerfahren. Der Verletzte wurde in das Bergstift übergeführt.

Stadt-Chronik.

Gedeckte und ungedeckte Schleichhändler.

Wenn in allernächster Zeit die große Jagd auf die gewerbsmäßigen Schleichhändler beginnt, so wird das Ergebnis aus verschiedenen Ursachen nicht den Erwartungen entsprechen, die das Kriegsernährungsamt mit der neuen Bundesratsverordnung verfolgt. Wir möchten an dieser Stelle des Beispiels halber nur auf einen Umstand hinweisen, der die schönsten Perspektiven eröffnet. Die Verfolgung des Schleichhandels ist nur möglich, indem man in den Schleichhandel selbst eindringt. Die Behörden müssen sich bei der Aufspürung der Schleichhändler der Mitwirkung von Schleichhändlern bedienen, die gewissermaßen im Dienste der Behörden stehen und von den Schleichhändlern als Spitzel gebrandmarkt werden.

Diese Spitzel sind selbstverständlich genötigt, Geschäfte zu machen, die ebenfalls strafbar wären, die aber aus naheliegenden Gründen unbeanstandet bleiben müssen. Denn die Tätigkeit dieser Spitzel dient ja der Aufspürung der großen gewerbsmäßigen Schleichhändler. Solche Spitzel muß es bei dem gewaltigen Umfang des Schleichhandels in ziemlicher Anzahl geben. Sie können handeln, ohne daß ihnen etwas passieren kann, sie sind daher, wie man sagt, gedeckt. Und diese Deckung ermöglicht ihnen, den Schleichhandel in einer ganz ungenierten Weise zu betreiben, ohne dabei Gefahr zu laufen.

In Groß-Berlin allein mag es an 200 solcher gedeckten Schleichhändler geben, die einesteils die Strafbehörden bei der Aufdeckung der gewerbsmäßigen Schleichhändler unterstützen, anderenteils aber diese ihre Ausnahmestellung dazu benutzen, um sich selbst auf dem Wege des Schleichhandels zu bereichern. Sie sind wieder in der Lage, ihre Deckung den Behörden gegenüber auf andere Schleichhändler zu übertragen, das heißt es steht in ihrem Belieben, ob und wann sie einen Schleichhändler anzeigen sollen oder nicht. Die Vorteile ihrer Stellung im Dienste der Behörden wären nicht lohnend genug, um das Odium der Spitzelei auf sich zu nehmen, wohl aber rentiert sich die Sache dadurch, daß man eine sichere Gelegenheit erhält, den Schleichhandel unangefochten betreiben zu können.

Man wird zugeben, daß hier ein Korruptionsherd erster Ordnung sich herausbilden muß. Der Schleichhandel findet so gerade in den Kreisen eine sichere Stätte, die eigentlich dazu bestellt sein sollten, ihn nach Möglichkeit zu unterdrücken. Man erwäge nun, daß die ungedeckten Schleichhändler die gedeckten ziemlich genau kennen, daß sie mehr oder weniger bestrebt sind, sich in den Schutz eines gedeckten Händlers zu begeben, damit sich die Gefahr des Angezeigtwerdens sich vermindert. Zwischen den Klientelen der gedeckten Schleichhändler entstehen Rivalitäten, die für die beteiligten Schleichhändler die größten Gefahren in sich bergen. Mit welchen Waffen der Bedrohung und Erpressung hier gearbeitet wird, das vermag man sich mit Leichtigkeit vorzustellen. Kommt es dabei zur Katastrophe, dann regnet es plötzlich Strafanzeigen bei den Behörden, durch die alle betroffenen Schleichhändler bis auf die gedeckten hereinfallen können. Die gedeckten selbst ziehen sich mit der Ausrede aus der Schlinge, daß sie an den Geschäften sich nur beteiligt hätten, um das ganze Nest von Schleichhändlern auszuheben.

Aus dieser Darstellung ist zu ersehen, daß die von den Behörden zur Aufdeckung des Schleichhandels benötigten Kräfte keineswegs die Verwirklichung der Absichten des Kriegsernährungsamtes sich zur Hauptaufgabe machen, sondern vielmehr in ihrer Eigenschaft als Spitzel den Schleichhandel mit großer Ungeniertheit betreiben. Diese Spitzel wachsen den Behörden über den Kopf, müssen ihnen über den Kopf wachsen. Die ungedeckten Schleichhändler geraten in eine steigende Abhängigkeit von den gedeckten, da diese es in der Hand haben, die Behörden gegen die ungedeckten mobil zu machen. Man sucht daher die gedeckten durch alle möglichen Künste sich geneigt zu erhalten, was am sichersten dadurch geschieht, daß man mit ihnen nur Geschäfte macht, bei denen der gedeckte die fettesten Gewinne einstreicht. Dabei soll zum Schluß nicht verschwiegen werden, daß es auch unter den gedeckten Schleichhändlern Ausnahmen von der Regel gibt.

Hauft du meinen Juden, hau ich deinen Juden.

Die Allgemeine Fleischerzeitung schwärmt nicht für den Schleichhandel und ist für „ein wirklich scharfes Erfassen der Nahrungsmittel beim Erzeuger". Im Anschluß an diese Forderung bemerkt das Fachblatt:

„Wenn aber die genannte Zeitung zum Beweise für ihre Behauptung auf den ganz gewaltig größeren eigenen Verbrauch der Landwirte an rationierten Lebensmitteln gegenüber den festgesetzten, höchst minimalen und ungenügenden Zuweisungen an die Städter hinweist, so geht sie an der Hauptsache vorüber. Nicht nur leben die Landwirte, so weit rationierte Lebensmittel in Frage kommen, meist noch herrlich und in Freuden — diese Ungleichheit würde ihnen der Städter schließlich noch verzeihen —, aber sie liefern vielfach auch das ihnen entbehrliche nicht an die zuständigen Sammelstellen ab und verkaufen diese Mengen zu wesentlich höheren Preisen als den amtlich festgesetzten an Mittelspersonen, die dann mit diesem Material Schleichhandel treiben."

Die Deutsche Tageszeitung ist nicht davon erbaut, daß ihren Schützlingen, den Landwirten, solche unrühmliche Sachen nachgeredet werden. Sie rächt sich, indem sie der Fleischer-Zeitung, und damit zugleich deren Schützlingen, den Fleischern, folgendes ans Bein wirft:

„Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß der Schleichhandel heute hauptsächlich aus dem Tauschhandel gespeist wird. Wenn einzelne Landwirte Lebensmittel, die sie eigentlich abliefern müßten, anderweitig abgeben, so geschieht das einfach aus der Not, sich gewisse Dinge beschaffen zu müssen, die sie für die Wirtschaft unbedingt brauchen. Die allgemeine Verunglimpfung der Landwirte, die hier in typischer Form erscheint, zurückzuweisen, hat keinen Zweck. Nur die Frage sei erlaubt, was die Allgemeine Fleischerzeitung sagen würde, wenn man behaupten wollte, daß von den Fleischermeistern nicht allein weit reichlicher Fleisch genossen wird als es dem rationierten Volke geboten wird, sondern daß auch Fleischermeister einen Tauschhandel mit Bäckern, Krämern, Gastwirten usw. treiben, von denen sie dann ebenfalls „bevorzugt" werden. Oder gibt es so was nicht? Vielleicht zieht die Allgemeine Fleischerzeitung darüber einmal Erkundigungen ein."

Wenn zwei sich streiten, erfährt gewöhnlich der Dritte die Wahrheit. Wer erinnert sich dabei nicht an Heines Gleichnis vom Rabbi und vom Mönch . . .

Ordnung muß sein.

Die München-Augsburger Abendzeitung enthält folgende Todesanzeige:

Am 31. Januar 1918 starben in treuester Pflichterfüllung gemeinsam den Heldentod fürs Vaterland
Herr Gustav G . . . .
Leutnant der Res.
Inh. d. Pr. E. K. 2. Kl. u. d. Bayr. Mil.-Verd.-Kr. 3. Kl. m. Kr. u. Schw.
und
Pionier Peter M . . . .
Die Kompanie wird den beiden Helden allezeit ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.
Im Namen einer Bayr. Pionierkompanie.
J. V.: Brunner
Leutn. d. Res. und Komp.-Führer.

Die beiden starben „in treuester Pflichterfüllung" gemeinsam, so sagt die Anzeige. Aber der eine ist eben nur ein „Gemeiner", der andere ein Leutnant . . .

Abfindung von Kriegerwitwen.

Den Witwen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Kriegswitwengeld beziehen, kann für den Fall der Wiederverheiratung eine Abfindung bis zu 5/4 des dreifachen Betrages der Kriegsversorgung gewährt werden.

Die Höchstsummen betragen:

1000 M.	für die Witwe eines	Gemeinen
1250 „	„ „ „	Unteroffiziers oder Sergeanten,
1500 „	„ „ „	Feldwebels oder Vizefeldwebels,
3000 „	„ „ „	Leutnants oder Hauptmanns,
4000 „	„ „ „	Stabsoffiziers,
5000 „	„ „ „	Generals.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Abfindung wird nur gewährt, wenn ein Bedürfnis anerkannt wird. In der Regel werden nur Witwen bis zu einem Alter von 45 Jahren berücksichtigt. Die Entscheidung liegt bei der obersten Militärverwaltungsbehörde, also bei den Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart.

Max Bewer bedichtet Longwy und Briey.

Max Bewer, der fröhliche Dichter aus Laubegast, Schöpfer der verunglückten Reiner Honnen, alldeutscher Umwerber der deutschen Grafenmark, veröffentlicht ein neues Opus, auf das „wir" Longwy und Briey behalten. Genießen wir die schönen Strophen:

Schon jetzt, daß keine Esse raucht,
Steigt stumm ins Aus und Dunkel,
Von allem Erz, das Deutschland braucht,
Mißt es zwei Fünftel kaufen!...
Zweihundertzehn Millionen Mark
Nahm der Feind alljährlich,
Damit wir blieben waffenstark,
Weil unser Erz zu wertlich!
Jetzt wäre Knechtschaft unser Los,
Jetzt wären wir geschlagen,
Wenn wir nicht Erz aus Frankreichs Schoß
Jetzt selbst nach Deutschland tragen!
In Longwy und in Briey steckt
Es in der Erde Spalten,
Denkt nicht, daß wir es dort entdeckt
Und setzt es uns behalten!

Es auch kommt: welch ein Glück, daß wir wenigstens unsern Max Bewer behalten werden! Damit ist die deutsche Blechproduktion noch auf Jahrzehnte hinaus gesichert.

Ein amtliches Urteil über die Z. E.-G. In einer vor wenigen Tagen stattgefundenen Schöffengerichtssitzung in Berlin-Schöneberg, in der sich zwei Kaufleute wegen Schleichhandels zu verantworten hatten, erklärte der Amtsanwalt, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft eine Erwerbsgesellschaft sei, die, wie jede andere, gut und gern Geld verdiene und nicht davor zurückschrecke, andern tüchtig Geld aus der Tasche zu ziehen; sie sei aber mit gesetzlichen Privilegien ausgestattet und den für sie festgesetzten Bestimmungen müsse nachgekommen werden.

Keine Kürzung der Brotration. Bei einer Pressebesprechung wurde in Leipzig von einem Vertreter des Kriegsernährungsamtes auf Anfrage mitgeteilt, daß berechtigte Hoffnung besteht, daß Deutschland mit seinen Getreidevorräten bis zur neuen Ernte durchhalten kann und eine Kürzung der Brotration, die vielfach befürchtet wurde, deshalb jedenfalls nicht zu erwarten ist.

Abgenütztes Papiergeld. Es wird vielfach über die schlechte Beschaffenheit des im Umlauf befindlichen Papiergeldes geklagt. Dem kann aber durch das Publikum selbst abgeholfen werden. Zerrissene, durch Papierstreifen zusammengeheftete, beklebte Scheine sind nicht im Verkehr weiterzugeben, sondern an irgend einer öffentlichen Kasse einzuzahlen. Dort werden sie angehalten und gesammelt. Es sind soviel Scheine hergestellt worden, daß ein Erneuerungsvorrat im Publikum befindlichen ohne jede Schwierigkeit jederzeit erfolgen kann.

Dumme-Jungen-Streiche. Seit einigen Tagen werden die Passanten der Wachsbleichstraße nach Schulschluß aus dem Garten des städtischen Krankenhauses mit Steinen bombardiert. Gestern 4¼ Uhr wurde z. B. ein Mann durch einen Steinwurf am Hinterkopf verletzt. Die Täter sind die Knaben der Hausarbeiter B. und E., Friedrichstraße 39, die sich diese Ungezogenheiten zuschulden kommen lassen. Ist denn im städtischen Krankenhause kein Hausmeister, der diesen Rüpeleien ein Ende machen könnte?

Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer veranstaltet Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Tivoli-Saale, Dresden-Altstadt, Wettinerstraße. Ein Kamerad vom Bundesvorstand in Berlin spricht über: Zweck und Ziele des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer. Alle Kameraden werden dazu höflichst eingeladen und gebeten, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. Die Geschäftsstelle der hiesigen Ortsgruppe befindet sich beim Vorsitzenden, Kameraden Rühle, Dresden-Neustadt, Marienhofstraße 56b, Erdgeschoß. Siehe auch Inseratenteil.

Schuhfutter aus Papiergeweben. Infolge des Mangels an Zubehören ist, wie die Allgemeine Textil-Zeitung mitteilt, seit einiger Zeit auch die Schuhindustrie dazu übergegangen, Schuhfutter aus Papiergeweben zu verwenden. Das Papierschuhfutter sieht dem Futterstoff ganz ähnlich und soll sich ganz gut bewähren. Allerdings sind nur einige relativ hochwertige Papiergewebe als Ersatz für Futter zu empfehlen.

Kriegswucher und Schleichhandel. Die Kriegswucherausführungsabteilung Dresden beschlagnahmte mit Hilfe des Dippoldiswalder Gendarmeriewachtmeisters im Dippoldiswalder Bezirk einen größeren Posten Hafer, der mit 100 M. für den Zentner verkauft wurde, während dafür ein Höchstpreis von 20 M. besteht.

Städtischer Möhrenverkauf. Donnerstag ist letzter Verkaufstag! Ausweise, die bis dahin in den Verkaufsstellen nicht eingereicht worden sind, werden nicht mehr beliefert.

Vermischte Nachrichten. Verunglückte Hamsterfahrt. In einem nahe bei Dresden gelegenen Dorfe wurden Ende voriger Woche von der Landesdamerie zwei Fräuleins aus Dresden betroffen, die 14½ Stückchen Butter, Eier, Speck, Quark und Milch unerlaubt aufgekauft hatten. Die Waren wurden beschlagnahmt und die Aufkäuferinnen zeigten ihrer Bestrafung entgegen. — Ein Reh, das, wohl von Hunden gehetzt, vom seinem Revier vertrieben worden war, nummelte sich am Montag früh ohne Furcht vor den in der Nähe nach ihrer Arbeitsstätte gehenden Leuten ganz dicht am Westendpark. — Das Café Hohenbölzschen soll demnächst, nachdem es seit Jahresfrist geschlossen war, wieder eröffnet werden. — Der Turnfestlauter Camillo Maier, der zur Zeit im Zirkus Sarrasani im Rahmen des Schaustückes „Torpedo — los!" seine waghalsigen Künste zeigt, beabsichtigt, einen Seilgang über die Elbe von der Brühlschen Terrasse zu unternehmen. — Professor Bomke, der die Entwürfe für die Zirkusbilder des Schaustückes „Torpedo — los!" liefert und die Ausführung der Arbeiten überwacht, ist als künstlerischer Beirat für den Zirkus Sarrasani verpflichtet worden.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. (Gemeindesparkassenbericht.) Kenntnis wird gegeben, daß in der hiesigen Sparkasse im Bestehen derselben im Monat Januar die meisten Einzahlungen stattgefunden haben, und zwar in Höhe von 207 216,77 M., daß hierbei 127 neue Einlagebücher ausgefertigt und diese Sparkassengelder sofort wieder angelegt worden sind. Die Rechnung der Gemeindekasse auf das Jahr 1916 wird richtiggesprochen. Der Wasserzins soll im allgemeinen in die ein Jahre wieder in der vorjährigen Höhe erhoben werden. Das angefahrene Brennholz soll an die Besteller sofort nach Eingang der Rechnungen verteilt werden. Die Vorschläge des Ernährungsausschusses über die Lebensmittelzuteilung bzw. Verteilung durch möglichst drei Personen werden gutgeheißen. Der Bescheid der Kgl. Amtshauptmannschaft über die Belieferung mit Lebensmitteln wird bekanntgegeben und hierbei die Aufstellung einer Monatsstatistik über die Belieferung angeregt.

Kemnitz. Mittwoch den 20. und Donnerstag den 21. Februar Kohlenausgabe bei Herrn Döring, hier, auf Abschnitt 10 der Kohlengrundkarte.

Cossebaude. Ab 20. Februar Bezug der Teigwaren auf Abschnitt II der Nährmittelkarten in den Kaufmannsgeschäften.

Pölzschen. Der Haushaltplan der Gemeinde Pölzschen für 1918 wurde in der letzten Gemeinderatssitzung genehmigt. Die gesamten Bedürfnisse sind für das Jahr 1918 mit 68 746,80 M. eingesetzt. Deckungsmittel sind 7135 M. vorhanden. Von dem Fehlbedarf von 62 981,88 M. entfallen auf die Schulkasse 5047 M., auf die Kirchenkassen Dresden-Plauen, Pesterwitz und Potschappel (die kirchlichen Verhältnisse sind leider noch etwas ungeordnet) 6172,58 M. und auf die Gemeindekasse 47 761,80 M. Hiervon werden 15 Proz. auf den Grundbesitz und 85 Proz. auf das Einkommen umgelegt. Diese hohen Ausgaben sind in den bedeutenden durch den Krieg hervorgerufenen Mehrkosten zu suchen. Der Haushaltplan der Armenkasse zeigt einen Fehlbedarf von 1203 M. und der der Feuerlöschkasse einen Ueberschuß von 480 M. Der Haushaltplan der Wasserwerkskasse weist trotz einem bereits eingestellten Zuschusse aus der Gemeindekasse immerhin noch einen Fehlbedarf von 1550 M. auf, über deren Deckung sich der Finanzausschuß noch schlüssig zu machen hat.

Reklamierte und vom Heeresdienst Entlassene!

Bewahrt den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Treue! Meldet euch nach der Entlassung vom Heeresdienst sofort wieder zur Fortsetzung eurer Mitgliedschaft an!

Abonniert und lest die

Dresdner Volkszeitung

die eure Interessen vertritt!

Die organisierten Arbeiter werden aufgefordert, die vom Heeresdienst Entlassenen auf die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Arbeiterbewegung aufmerksam zu machen.

Pöhlen. Auf den angemeldeten Abschnitt II der Nährmittelkarte werden am 20. Februar geliefert: 250 Gramm Teigwaren auf Abschnitt A, 125 Gramm Teigwaren auf Abschnitt B, 125 Gramm Teigwaren auf Abschnitt C, 125 Gramm Teigwaren auf Abschnitt D. Verkaufspreis: 82 Pf. für 1 Pfund Nudelware, 60 Pf. für 1 Pfund Wasserware. Der Abschnitt I der Lebensmittelkarte Nr. 7 wird mit 80 Gramm Margarine zum Preise von 3 M. für 1 Pfund beliefert. Zugewiesen wird der Bezugsabschnitt II der Karte Nummer 7. Diese Abschnitte sind von den Kleinhändlern bis zum 21. Februar im Rathaus abzugeben.

Braunsdorf bei Tharandt. Zu dem Schuhraub wird geschrieben: Der Knabe Alfred Richter bleibt noch immer bei seiner Behauptung, daß er am 8. Februar, abends gegen 6 Uhr, am Tonnenberg von zwei jungen Männern plötzlich mit vorgehaltenem Revolver genötigt worden sei, seine Schuhe auszuziehen. „Hast Du Geld?" hätte ihn erst einer gefragt. Dann hätten sie seinen Rucksack durchsucht und zuletzt hätte ihn der eine gehalten und der andere ihm die Schuhe ausgezogen. Darauf seien die Räuber in den Busch gelaufen und der Junge in Strümpfen nach Hause gekommen. Die betreffenden Männer seien etwa 20 Jahre alt gewesen, hätten dunklen Anzug und Hüte getragen.

Radebeul. Marmelade kommt diese Woche zur Verteilung. Jede Person erhält ein Pfund zum Preise von 10 Pf. Die Anmeldungen zu den Kundenlisten haben bis Mittwoch mittag, die Abgabe der Listen seitens der Händler an diesem Tage nachmittags von 3 bis 4½ Uhr zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist auf der Lebensmittelkarte die Nr. 11 unverwischbar zu streichen und die Namen der Lebensmittelkarte in die Kundenliste einzutragen. — Milchgutscheine für Kinder unter zwei Jahren können in Zimmer 10 des Rathauses entnommen werden. — Verteilung von Himbeersirup. Auf Grund der letzten Kundenliste für Kunsthonig (Lebensmittelkarte Nr. 9) erhält jede zu den Kundenlisten angemeldete Person 40 Gramm Himbeersirup zum Preise von 26 Pf. — Die Butterkarten 15 für den Monat Februar können mit ⅛ Pfund Butter beliefert werden.

Langebrück. Butter gelangt am 21. und 22. Februar in den einschlägigen Geschäften zum Verkauf. Beliefert wird Abschnitt C der Landesbutterkarte. An den Verkaufstagen erfolgende Kundenanmeldungen können erst bei der nächsten Verteilung berücksichtigt werden.

Radeberg. Die vom 11. bis zum 17. Februar geltenden Abschnitte der Eierkarte werden von heute an mit je einem Ei zum Preise von 45 Pfennig beliefert. Der Verkauf findet in den früher bekanntgemachten Geschäften statt. Der Umtausch von Eiern ist nicht gestattet. — Kohlenausgabe in der Glashütte von Hübnert Mittwoch den 20. dieses Monats, vormittags von 8 bis 11 Uhr an die Kunden von Kaubisch, nachmittags von 1 bis 4 Uhr an die Kunden von Deelicke. Geliefert wird bis mit 25 der Kohlengrundkarte. Preis für den Zentner 2,80 Mark.

Hermsdorf-Kaufa. Am Montag wurde über eine in Grünberg wohnende Kutscherfrau von dem von Dresden kommenden 7-Uhr-Güterzuge tödlich überfahren. Sie kam mit dem Zuge aus Dresden und hatte bereits ihr Gepäck auf dem Bahnsteig abgelegt. Als sie dann ihren Traukorb von Hermsdorf wegtragen wollte, hat sie dessen Last wahrscheinlich nicht richtig gewogen, und zwar gerade als sich der Zug in Bewegung setzte. Die Frau wurde von dem Zuge erfaßt und überfahren. Sie war auf der Stelle tot.

Kötitz. Marmelade und grüne Heringe kommen am Mittwoch in den Geschäften, wo der Eintrag in die Kundenliste erfolgt ist, zum Verkauf. Preis und Menge ist auf den in den Geschäften befindlichen Anschlägen ersichtlich.

Copitz. Die Abgabe von Kleie erfolgt heute Dienstag, nachmittags von 1½ bis 4½ Uhr, im Turngut. Mittwoch vormittag werden Bezugscheine auf Kinderstrümpfe ausgegeben. Heute Dienstag erfolgt die Ausgabe für die 2. Hälfte der Kundenliste: pro Kopf ¼ Pfund Quark auf Sperrkarte.

Mügeln. Donnerstag von früh 8 Uhr an wird bei den hiesigen Kleinhändlern gegen Abtrennung des Abschnitts 18 je ½ Pfund Kaffee-Ersatz, das Pfund zu 52 Pf., verkauft. Maßnahmen erhalten auf Antrag Montag in der Polizeiwache einen besonderen Bezugsschein darauf ausgestellt.

Mügeln. Die Einwohner werden aufgefordert, in der Zeit vom 20. bis mit 23. Februar die Eierkarten in die Eierkundenliste desjenigen Händlers eintragen zu lassen, bei dem sie mit der Lebensmittelkarte eingetragen sind. Der Anmeldeschein ist zu unterschreiben und vom Händler abzutrennen.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Der letzte Rettungsanker.

Daß auch wirkliche Verbrecher sich an den Strohhalm klammern, als geistig unzurechnungsfähig zu gelten, wenn sich die Wolken des Schicksals in Gestalt von Gefängnis oder Zuchthausstrafen über ihrem Haupte zusammenziehen, bewies der in den letzten Tagen viel genannte Einbrecher Gustav Adolf Lahode. Am 22. Oktober ist er wegen einer Reihe Diebstähle, die er als Marktheller bei seinen Arbeitgebern ausgeführt hatte, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der wichtigste Fall aber, Diebstahl von acht Ballen Tabak aus dem verschlossenen Hofe eines Grundstücks in der Rosenstraße während der Nacht zum 8. August, blieb noch ungesühnt. Hier war ein Arbeiter Schuster beteiligt, der aber zur Zeit der Verhandlung zum Heere eingezogen war. Auf diese Tatsache stützte sich L. in der Verhandlung und leugnete. Die Sache wurde abgetrennt. L. erhielt für die anderen Diebstähle fünf Monate, wurde aber nicht in Haft behalten. Wie er seine Freiheit benützt hat, haben uns die Polizeiberichte der letzten Tage bewiesen. Es ist festgestellt, daß er in Gesellschaft anderer die bedeutenden Einbrüche in der Pragerstraße und Struvestraße am 25. und 31. Januar verübt hat.

In Sachen des Tabakdiebstahls ist vom Gericht weiter recherchiert worden und der betreffende Schuster hat vor dem Militärgericht ein volles Geständnis abgelegt, worüber zwei Protokolle aufgenommen wurden. Darnach hat er sich auf Einladung L.s an dem Diebstahl in der betreffenden Nacht beteiligt. Nachdem er das Geständnis abgelegt hat, er sich entfernt.

L. stand nun, nachdem er vor wenigen Tagen festgenommen wurde, von der fünften Strafkammer, um sich wegen des Tabakdiebstahls zu verantworten. Aber — er richtete sich nach großen Vorbildern und markierte den kranken Mann. Er, der vor wenigen Wochen die verwegensten Einbrüche verübt, konnte seine Personalien nicht angeben, wußte nicht, auf welcher Straße er wohnte, wann er geheiratet hatte usw. Er wollte geistig unzurechnungsfähig sein. Ein Kriminalbeamter sagte aus: Wir kennen ihn seit über zwei Jahren und wissen, daß er nur von Diebstählen lebt, er war aber noch nie zu fassen. Er war im Herbst mit zwei Frauen in Leipzig, hatte auch in der Annenstraße noch ein Zimmer, das er teils als Absteigequartier benutzte, teils auch als Niederlage für seine Diebstahlsobjekte. Der Gerichtsarzt Dr. Cope sagte im allgemeinen über den Angeklagten aus, daß er hysterisch ist, aber er verstelle sich. Sobald er in den wenigen Tagen beobachtet habe, stelle sich L. dumm. Zu einem eingehenden Gutachten, besonders auch um festzustellen, wie sein Geisteszustand im August gewesen sei, gehöre eine längere Beobachtung. Daraufhin wurde die Verhandlung vertagt.

Schöffengericht.

Alte Soldatenlieder.

Wegen Verbreitung von Drucksachen ohne Drucker und Verleger (Vergehen gegen das Gesetz betr. den Belagerungszustand und gegen eine Verordnung des Generalkommandos des 12. Armeekorps) hatte die Vertrauensperson der organisierten Frauen im 5. Wahlkreis, Genossin Frau Minna Naumann, einen Strafbefehl erhalten. Sie beantragte hiergegen gerichtliche Entscheidung. Dem gerichtlichen Schritte liegt folgende Tatsache zugrunde: Genossin N. ist bekanntlich schon seit vielen Wochen in Haft. Als die Polizei einmal in ihrer Wohnung haussuchte, fand sie 27 Blätter mit einem Soldatenliede, was früher viel in Genossenkreisen gesungen wurde. Diese Blätter trugen weder Drucker noch Verleger. Es folgte Anzeige und prompt darauf der Strafbefehl. Da nach den oben angezogenen Gesetzen nicht der Besitz von Drucksachen ohne Drucker und Verleger strafbar ist, sondern nur die Verbreitung, legte Frau N. das Rechtsmittel ein. Sie gab an, daß die 27 Lieder in einem alten Protokollbuch gelegen hätten, das sie von ihrer Amtsperson mit übernommen habe. Sie habe gar nicht die Absicht der Verbreitung der Lieder gehabt und auch nicht den geringsten dahingehenden Versuch gemacht. Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagten die Verbreitungsabsicht nicht nachgewiesen werden konnte, und daß es sich um kein neues, sondern um ein früher viel gesungenes Lied handle. — Wegen Gefährdung von Staatsinteressen fand die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die spärlichen Mitteilungen über die Sache selbst stammen aus der Urteilsbegründung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der Sozialdemokratischen Feldpost (Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 134) ist Nr. 18 des 2. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt erwähnen wir: Der Zukunftskampf um Menschenleben. Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der Gewerkschaften. Gegenseitige Neuner, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Krieg und Politik. Aus den Organisationen. Feuilleton.

Der Kampf, sozialdemokratische Monatsschrift. Heft 5, 11. Jahrgang (Februar 1918) enthält folgende Beiträge: Luise W. Hermann: Engelbert Pernerstorfer. Julius Deutsch: Radekis Stellungnahmen. Heinrich Tuma: Zur südslawischen Frage. Julius Deutsch: Die Formwandlung des Klassenkampfes. Emma Freudenthal: Zur Frage der Uebergangswirtschaft. Bruno Sommer: Zur moderne Völkerforschung. Bücherschau: Die Kriegsfinanzen; Der Wiener Kongreß; Bildung und Krieg.
Eingegangene Druckschriften.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterinnen und Arbeiter, ist uns soeben Nr. 10 des 28. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vom Krieg zum Frieden. — An [illegible] Gedicht von Adolf Glaßbrenner. — Eine berechtigte Frage. — Zur Tage. Von Schwester Lydia Rudland. — Die Fabrikpflegerin von Martha Poppe. — Aus unserer Bewegung. — Vom Zeitgeist. — Frauenrechte. — Feuilleton. — Für unsere Kinder. — Die Gleichheit erscheint aller 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich [illegible] geld 85 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement [illegible]
Eingegangene Druckschriften.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Seifert, Leubnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: [illegible] Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: [illegible] Romm, Dresden.

Tonlichtspiele Cymians Palast Theater Görlitzer Str. 6 Anfang 8 Uhr Telephon 14889 A 14 Linienstr. 7 Jeden Sonntag 3 Vorstellungen Kinderkarten werktags u. sonntags nachm. gültig

Leben · Wissen · Kunst

Töchter der Hekuba.

2

Ein Roman aus unserer Zeit von Klara Viebig.

Die Krüger stand auf der Schwelle des Schlafzimmers. Ihre in die Breite gegangene Gestalt und das ganz ergraute Haar ließen sie älter erscheinen, als sie in Wirklichkeit war. Man sah es ihr nicht an, daß sie erregt war. Ihre tiefe Stimme klang ruhig: „Sie haben ihn doch auch gekannt, Frau Bertholdi, schon als er noch 'n Junge war; er ist ja um ihr in einem Alter mit Ihrem Heinz. Nu sehn Sie mal, ist er das nicht?!" Rasch trat sie näher und hielt ein Blatt, das sie bis dahin in den Falten ihres Rockes gehalten, der anderen dicht vors Gesicht.

Es war eine illustrierte Zeitung:

„Deutsche Gefangene auf Korsika"
(nach einer englischen Aufnahme).

„Da ist er! Da, da!" Die Krüger tippte mit dem Finger auf einen der Gefangenen. An dem Zittern dieses Fingers merkte man nun doch, daß sie erregt war. „Und so natürlich! So stand er immer: den Kopf vor, den Rücken 'n bißchen krumm. Ich hab immer gesagt: du mußt dir grader halten." Die tiefe Stimme wurde leise: „Und wenn er auch jetzt gefangen is, wenigstens kommt er doch wieder!"

Hedwig Bertholdi wurde verlegen. Sie hatte vergeblich in dem Gefangenen Gustav Krüger zu erkennen gesucht. In der Haltung mochte etwas Aehnliches sein. Das war auch alles. Die Gesichter waren sämtlich unklar, hellere Flecke; einer sah wie der andere aus. Sie schwieg.

Der Blick der Krüger hob sich jetzt von dem Blatt und bohrte sich in ihr Gesicht. „Sie meinen doch auch, das is er?"

„Es wäre wohl möglich — es ist möglich," verbesserte sich Hedwig rasch. Sie suchte nach Worten. „Es ist schwer, auf solchem Bilde mit Bestimmtheit jemand herauszufinden. Ich kenne ja auch Ihren Sohn nicht so genau, wie Sie ihn kennen."

„Ich bin die Mutter," sagte die Frau kurz. Und dann, wie um sich selber noch mehr zu vergewissern, hielt sie sich das Bild dicht vor die Augen und trat dann, als sei es ihr noch nicht hell genug, ans Fenster.

Der Sommersonnenschein flutete herein und umwob die dunkelkleidete Gestalt mit goldenem Gestimmer. So stand sie ganz regungslos ein paar Minuten mitten in der größten Helle und starrte in die illustrierte Zeitung.

Hedwig zog ihr Morgenkleid fester um sich, es fröstelte sie auf einmal, obgleich es heiß war: die Frau täuschte sich — sie täuschte sich sicherlich — aber wer konnte den Mut haben, ihr das zu sagen?!

„Also Sie meinen, er is es nich!" sagte plötzlich die Krüger und trat vom Fenster weg. Nun stand sie im Schatten im schwarzen Kleid mit blassem Gesicht. Ihre Stimme war heiser.

Hedwig wehrte: „Oh nein — ich meinte ja nur — ich dachte — Sie müssen das natürlich besser wissen."

„Ich weiß es." Die Stimme der Krüger hatte jetzt wieder Klang. „Das is mein Junge. Mein guter, alter Junge!" Sie preßte die Zeitung an ihre Brust. „'ne Mutter täuscht sich nicht. Nein!" Sie lächelte beruhigt, ganz überzeugt. Dieses Lächeln verschönte ihr breites, alltägliches Gesicht.

Hedwig wagte nichts darauf zu erwidern — die Krüger täuschte sich auch doch wohl nicht, eine Mutter erkennt ihr Kind nach noch so langer Zeit, und wo es auch sei. Sie hielt der anderen die Hand hin. „Dann freuen Sie sich, Frau Krüger. Aber warum hat Ihr Gustav nur so lange nichts von sich hören lassen? Das ist doch sehr unrecht von ihm."

„Unrecht — unrecht?!" Die Frau grollte. „Freilich unrecht. Aber wer sagt denn, daß er alleine unrecht hat. Ich hab auch unrecht gehabt." Sie trat Hedwig näher. „Ich will Ihnen sagen, Frau Bertholdi, warum der Junge so lange nicht geschrieben hat. Ich — ich bin schuld dran. Der Gustav hatte nämlich hier eine. Und als er von der Garnison nach Haus kam, war er auf Urlaub, wollte er sich kriegstrauen lassen mit ihr. Sie war in der Hoffnung. Ich hab's nich zugegeben. Wer weiß, ob das Kind von dir is, hab ich gesagt. Sie war eigentlich sonst ganz ordentlich — fleißig war sie — aber ich bitt Sie, Frau Bertholdi, man will doch nich, daß 'n junger Mensch, der doch mal was hat, sich eine an den Hals hängt, die nischt is und nischt hat. Besonders hübsch war sie auch nich und älter als er. Ich begreif ja den Gustav" — sie verbesserte sich rasch — „hab ihn nich begriffen. Ich eben so anständig. Den ganzen Urlaub haben wir uns herumgetrieben, herumgestritten. 's war schon nich mehr schön. Zuletzt hat er ihm die Sache doch ausgeredet. Aber froh is er hinterher gewesen. Am Morgen, als er fortmachte, hat er mir noch mal die Hand gegeben. Und darum hat er auch nich geschrieben — an keinen." Sie atmete tief auf: „Gott sei Dank, daß er lebt! Daß er nich für immer von mir gegangen ist im Bösen." Ihre Hände schlangen sich ineinander wie im Gebet: „Gott sei Dank!"

„Aber, Frau Krüger, haben Sie ihm denn gar nicht geschrieben?"

„I, wo wer' ich!" Die Krüger warf den Kopf in den Nacken. „Wenn er nich schreibt! Aber nu wer' ich an ihn schreiben, ja, ja. Herr Bertholdi wird gewiß so gut sein, mir schreiben, wie ich's anfangen soll. Korsika — auf Korsika — 's Korsika, das is wohl sehr weit? Mein Junge, mein guter, guter Junge!" Es zuckte in ihrem Gesicht als wolle sie weinen; aber es kamen keine Tränen. „Wenn man böse ausgeschimpft worden is mit einem, dann is das Warten auf ihn noch viel schrecklicher. Das glauben Sie man!"

* * *

Langsam ging die Krüger von der Bertholdischen Villa die Straße hinunter. Die Sonne stand hoch, die Hitze war groß. Sie schlich im Schatten. Und doch hätte sie eigentlich laufen wie eine ganz Junge, laufen, fliegen — ihr war ja Gustav lebte ja! Ein schwerer Gang stand ihr bevor. Den mußte sie machen. Als sie mit Frau Bertholdi abgemacht hatte, war ihr das gekommen wie in einer Erleuchtung: sie mußte zu dem Mädchen hingehen, sich noch mal nach dem umsehen, sich selber überzeugen, wie es ihm ging, damit sie es dem Sohn schreiben konnte. Und der wollte sie dann gleich gehen, sofort. —

Es war ein weiter Weg von hier bis dahin. Früher hatte die Hieselhahn ganz in der Nachbarschaft gewohnt, nicht weit vom alten Kirchhof, hinten heraus in der Blumen- und Kränzebinderei. Da hatte der Gustav sie auch kennen gelernt. Dann war sie fortgezogen. Jetzt sollte sie entgegengesetzt wohnen, ganz draußen, da, wo die Villen ein Ende haben und Arbeiterwohnungen, in gleichförmigen Bauten, aus Feldern, die nicht mehr Acker, aber auch noch nicht Garten sind, ragen. Frau Krüger hatte hier nie etwas zu suchen gehabt, nun aber suchte sie von Haus zu Haus. Sie schwitzte, sie hinkte schon. Die Füße taten ihr weh. Dieses Gehen in der Mittagsglut machte sie sehr müde. Hier war gar kein Schatten, die Bäumchen, die zur Seite der Straße angepflanzt waren, standen noch jung und klein. Es wäre ihr sonst nie eingefallen, um diese Stunde ihren Garten oder ihr kühles Zimmer, in dem der Tisch schon gedeckt stand, und das behagliche, breite Sofa, das zu einem Mittagsschläfchen einlud, zu verlassen. Aber heute ging es nicht anders, sie hatte Versäumtes nachzuholen; sie wollte wieder gutmachen. Wenn sie dem Gustav schreiben konnte, daß sie die Gertrud aufgesucht hatte, freundlich mit ihr gewesen war, daß sie das Kind gesehen hatte — sein Kind — dann würde er sich freuen. Sie würde einen Brief von ihm bekommen, einen versöhnlichen Brief, und sie würde, sie würde — ja, was würde sie denn? Das wußte sie jetzt selber noch nicht. Das würde sich finden.

Mit einer Entschlossenheit, die ihre Müdigkeit überwand, suchte die Mutter weiter. Sie fand die Hieselhahn nicht. Wohnte die vielleicht auch hier nicht mehr? Schon gingen die Häuser zu Ende. Endlich erfuhr sie vom Postboten, der des Weges kam: „Hieselhahn — Fräulein Hieselhahn —? Ach so, die mit dem Kind! Die wohnt noch weiter draußen, in dem kleinen Gehöft an dem Korsikefeld, bei Streckenarbeiter Dombrowski." —

Frau Krüger stieß die vermorschte Lattentür auf und betrat den eingestreuten Hof. Es sah hier recht einfach aus, ziemlich armselig. Geringes Ackergerät stand umher; eine Schiebkarre, Schippe, Besen, ein paar schadhafte Körbe. An der offengebliebenen Tür eines leeren Bretterschuppens, den kläglich miauend eine Katze umfauchte, hing ein verschlissener Männerrock, den Wind und Wetter zur Vogelscheuche gemacht hatten, und ein alter Filzhut, der nur eine Krempe, aber keinen Kopf mehr hatte. Dieser zerwetzte Rock, der durchlöcherte Hut, der leere Schuppen hatten etwas Trauriges und Verlassenes, obgleich die Sonne hell schien. Frau Krüger fühlte eine Beklemmung: so sah es hier aus? Nur das Geschnatter einer Gans, die jetzt heranwatschelte, und ein mauserliges Huhn, das im Sand kratzte, beruhigten sie; das war doch etwas einigermaßen Vertrauenerweckendes.

Eine Frauengestalt, die Aermel hochgestreift, die Füße in Holzpantinen, stand an einer Bütte vor der Haustür und spülte Kinderwäsche. Sie mußte sich tief bücken, Schweißtropfen perlten ihr hinab ins Waschfaß, aber sie hatte flinke Hände. Und fleißig war sie.

Das war die Hieselhahn! Frau Krüger erkannte sie sofort, obgleich sie sie nur flüchtig ein paarmal gesehen hatte. Sie blieb ganz still stehen und sah der Fleißigen zu. Sehr armselige Hemdchen, aus schon dünn getragenem, altem Zeug zusammengenäht, ein paar winzige Jäckchen und Windeln!

Frau Krüger wischte sich den Schweiß ab: war das unerträglich heiß heute! Und zu Hause hatte sie noch so viele gute Kindersachen!

Aus dem niedrigen Fenster zu ebener Erde erscholl jetzt eine kräftige Kinderstimme, ein lautes, ungestümes Geschrei.

„Ja, ja, na warte man, du!" Die Waschende hob den Kopf, da begegnete ihr Blick dem fest auf ihr ruhenden Auge der Krüger. Sie stutzte; sie schien einen Augenblick nachzudenken, denn flog ein rasches Rot über ihr Gesicht. Etwas Feindseliges kam in ihren Ausdruck. „Sie wünschen?"

(Fortsetzung folgt.)

Hinter der Front.

Von Gustav Sack †.

Es ist der erste Januar, und die Tage, Wochen, Monate vorher waren nichts als ein Waten in schlammigem Wasser und knietiefem Schlamm; jetzt wird es gleich Morgen sein. Vor einer Stunde verließ ich die Stellung, ging noch einmal die Gräben durch, die Posten ab und watete, taumelte und rutschte dann durch einen zerfetzten Wald in die Mulde hinunter, die der morgentliche, mittagliche und abendliche Sammelplatz der feindlichen Brandgranaten war, die hier in Ermangelung besserer Zielе dreimal täglich unsere Eisen- und Materialtragenden Mannschaften suchten; torkelte ein paarmal in die granatenartigen flachen Löcher, die sie aufzureißen pflegen, merke mich einige Male platt auf den Bauch vor einem der herumfliegenden Splitter — denn sie verreiten bei ihrer Detonation einen widerlich phosphorartig riechenden Rauch — wate durch Schlammbäche, zu denen die Wege der auf und nieder steigenden Kolonnen geworden sind, mühsam, mühsam weiter, durchschreite ein in groteske Trümmer zerblasenes Dorf und bin nun außerhalb des gewöhnlichen Feuerbereichs — auf einer breiten, prächtigen, mit hohen Ulmen bestandenen Landstraße gehe ich fürbaß.

Aber ich habe noch Zeit, ich setze mich an den Straßengraben, in hohes saftiges Gras, den Rücken müde an einen Ulmenstamm gelehnt. Und die Hände auf den Stock und den Kopf auf die Hände gestützt, schaue ich in die Nacht. Dort vor mir der dunkle, sich schwach gegen den mit drei schweren Wolkendraperien verhangenen Himmel abhebende Strich ist die Höhe, in der ich vor gerade ein Vierteljahr meines Lebens verbrachte und die für Wochen von uns, die wir an einem schwülen Oktobertage unter dem lauten Fanfarenkonzert des französischen Durchbruchsfeuers zum ersten Male hier antraten, das Grab geworden ist. Leuchtgranaten fauchen unhörbar hoch in einer wundervollen, dunkelrot glühenden parabolischen Bahn, platzen in einem kleinen Feuerregen, der langsam in die Nacht verlischt, und lassen nun ihre sinkende weiße Kugel in zierlichen Spiralen sich zu Boden schrauben — minutenlang stehen sie oft über dem ruhigen Wald wie ein strahlender Stern. Ferner, weit hinter dem Höhenrand leuchtet feindliches Mündungsfeuer hoch, blitzartig dunkelrot, eins, zwei, drei, viermal — und weit rechts feuchtet es bald wieder kurz und dunkelrot auf, ein, zwei, dreimal, der vierte ist ein Verlager und bohre sich patschend in den Grund; und langsam schlafe ich ein.

Und sie in einem Flugzeuge, die Propeller werden angeschlagen, langsam wippt und — wippt der Apparat es scheint, er kann nicht hoch; jetzt geht es hoch und langsam, immer schneller, rasend schnell falle ich in die Tiefe und bin in einem unterirdischen dunklen Gange, an dessen Wänden lichte Seide mit irgendwelchem Metall, und von der Decke fallen ab und zu kalte Tropfen, die sind seltsam warm und klebrig, wenn sie Hand und Nacken treffen — und von ganz fern her leuchtet ein ganz schwaches gelbes Licht. Und ich gehe weiter, immer gerade aus, jetzt muß ich mitten unter den beiden Stellungen sein, mitten unter den Stahlbetonbauten und Toten; wenn mein Fuß an einen der Säcke stößt, klingt es metallen — wie Gold. Und es tröpfelt weiter, immer weiter, immer stärker, da sehe ich: auf meiner Hand ist Blut! Aber wie ich schaudernd hoch blicke, stehe ich plötzlich vor dem gelben Licht, und mit mich, auf roh gezimmerten Schemeln, sitzen vier Gestalten und zählen Geld, aus einer Truhe in die andere zählen sie lautlos goldenes Geld. Lange stehe ich und sehe ihnen zu — sie sehen mich nicht, sie zählen — und in meinen Augen beginnt die Gier zu flackern, da durchbohrt mich ein brennender Blick, grün und eisig, wie der einer Schlange, jetzt an mir herunter, durchbohrend, von Kopf bis zu den Zehen, dann bleibt er lange an meinen Stiefeln haften und seine Brauen verknäuelen sich; dann wandert er weiter und bleibt an meiner Hose, meinem Koppel, an meiner Pistolentasche kleben wie Pech.

Jetzt steht er auf, und meine Kleidung erstarrt zu Eis; er legt den Kopf auf die Seite, ein Tropfen Blut klatzt von oben auf seine Wange und rinnt langsam in einem langen Streifen herab, er faßt den Zipfel meines Rockes, wendet ihn, reibt prüfend das Futter mit seiner blutbesudelten hageren Hand und setzt sich wieder hin, streift nach mit seinem Schlangenblick mir flüchtig Mütze und Gesicht, und sein Mund verzerrt sich zu einem höhnischen Grinsen. Langsam taut meine Kleidung wieder auf, und ich blicke mich um.

Es ist, als wäre ich nicht mehr da, ihre Blicke sind starr auf ihre Hand geheftet und zählen das goldene Geld; bleich sind diese Gesichter, bleich wie Wachs, die haben kein Alter, und ihr kurzes Stoppelhaar verrät mir nichts; und nichts verrät mir ihre Stirn, die ist flach wie die eines Frosches; und ihr blutloser lippenloser Mund, der ist breit wie der einer Kröte; ihre Brust ist hohl, ihre Glieder verdorrt und ohne Kraft, aber in ihren Backenknochen sitzt die Kraft und in ihren Kiefern liegt die leidhaftige Brutalität, und ich glaube für einen Augenblick Gesichter wiederzuerkennen, die ich einmal in Zeitschriften gesehen — aber ich sehe nur das Blut, Stirn, Kopf, Wange, Nase, Mund, Hand und Gewand sind über und über besudelt mit Blut — von der Decke, aus der nackten Erde tropft es nieder, ohne Ende, ohne Ende, und zwischen den sickernden Tropfen quetscht sich aus der schwarzen Erde das rote Gold und fällt langsam, klack! klack! klack! in ihre geöffnete Hand, ohne Ende, ohne Ende fällt das Gold; und rollt eins unversehens zur Erde, so fahren vier Köpfe wie der Blitz ihm nach, die hageren Hände rascheln, klappern und fahren wie Krallen und wütende Schlangen durcheinander, mit giftigem Zischen fauchen ihre Gesichter sich an, und weiter klackt das Gold und weiter tropft das Blut.

Aber rasselnd wie eine Kette von Donnern reihen nebenan ungeheure Minen Geschütze und riesige Körbe hoch, rauschend stürzen neben ihnen unendliche Ströme gelben Getreides und brüllende schreiende Käfige Vieh in den Grund während in trägen Pausen eine Liliputminde mageres Säcke hebt und ein Liliputkran ein quälendes, ängstlich brüllendes Rind in die Höhe zerrt — und reichlicher klackert das Gold und reichlicher sickert das Blut. Und die Gestalten zählen, unberührt, wachsbleich und blutbefleckt.

Und langsam, langsam, mit schielendem Blick nähert sich meine Hand dem lockenden Geld — da zischt es, als zische die Brut der Hölle mich an, acht Geierkrallen schlagen sich in meine Brust und reißen und zerren in teuflischem Gezänk — jetzt halten sie mein Herz, jetzt pressen, pressen sie es in ihren Krallen bis auf den letzten Tropfen langsam, langsam aus — jetzt werfen sie es wie eine leeren, braunen Beutel fort — ich erwache, ich bin hingesunken und mein Kopf liegt in dem nassen Gras.

Müde blicke ich mich um. Gewehrschüsse platzen hie und da, dumpf in das Nichts; fern, ganz fern rumort ein Gefecht — aber es wird hell, eine fahle Helle liegt im Osten, ohne Morgenröte kommt der Tag, und ich gehe meinen Weg.

Isonzo-Ausstellung.

Im Sächsischen Kunstverein auf der Brühlschen Terrasse ist am Sonntag eine Ausstellung eröffnet worden, die rund 300 Bilder und Bildwerke von der Isonzofront zur Ansicht bringt. Sie stammen sämtlich von Kriegsmalern und Kriegsbildhauern der Kunstgruppe des Kriegspressequartiers an der Isonzofront. So oft und so viel man nun auch schon Kriegsbilder gesehen hat, die im allgemeinen immer wieder das gleiche Bild der Zerstörung und der Verwüstung bringen, so darf doch diese Ausstellung, die eine wertvolle Ergänzung zu allem bisher Gesehenen bietet, ein besonderes Interesse beanspruchen. Nicht allein wegen der 12 gewaltigen Schlachten, die in heißem Ringen um das Isonzogelände geschlagen wurden, sondern auch wegen der Eigenartigkeit dieses Geländes und seiner Bewohner selbst. Als ich vor Jahren über den Karst wanderte, da ist mir auf langem Wege nur eine arme Bäuerin begegnet, die eine magere Kuh zwischen den von niederem Gestrüpp umwachsenen grauen Steinblöcken weiden ließ. In diesem einen Bilde ist mir damals der ganze Charakter dieser Menschen und wasserarmen Gegend aufgegangen. Und nun hat der Krieg Leben in diese weltabgeschiedene, unfruchtbare Wüste gebracht. Welcher Art dieses Leben ist, zeigen die ausgestellten Bilder. Aber wenn der Krieg an anderen Stellen vorwiegend vernichtend wirkte, so mußte er hier zu gleicher Zeit in hohem Maße aufbauend wirken, wollte er sich selbst halten. An Stelle holpriger Karrenwege entstanden wohlangelegte Straßen. Beim Tiefbohren in den steinigen Boden stieß man auf reiche Wasseradern, und zahlreiche Brunnen entstanden. Der Boden wurde bearbeitet und bepflanzt und siehe da: Die rote Erde des Karst erwies sich als fruchtbarer, als man geglaubt hatte. So bietet hier der Krieg den zurückkehrenden Bewohnern als Entschädigung für die verschossenen Wohnstätten wenigstens die Möglichkeit einer größeren Nutznießung der heimatlichen Scholle.

Daß die Ausstellung solche rein topischen Bilder der Erneuerung aufweist, ist ihre erfreuliche Seite; denn die rein künstlerische gibt keinen Anlaß zu besonderer Kritik. Sie hält sich in den gewohnten Grenzen. Die einzelnen Künstler haben auch von vornherein darauf verzichtet, mit diesen Bildern künstlerische Probleme zu lösen oder neue Wege zu weisen. Nur rein sachlich wollen sie die empfangenen Eindrücke wiedergeben. Dies geschieht jedoch vorwiegend mit vornehmen künstlerischen Mitteln. Prächtig in Stimmung und Ton wird zum Teil Wesen und Charakter der verschiedenen Motive veranschaulicht und der heitere Charakter der Bilder des Isonzotales selbst tritt gegen den des Karsts in sinnfällige Erscheinung. Aber bei den hüllenden Stätten des Isonzo greift auch die Verwüstung des Krieges stärker ans Herz. Die Trümmerstätten von Görz und anderen Orten wirken in der klaren heiteren Luft des Südens vielleicht noch abschreckender und anklagender als anderswo. Im ganzen bietet die Ausstellung eine solche Fülle der verschiedensten Eindrücke, daß es zu weit führen würde, auf alles einzelne einzugehen. Die Bilder führen uns von den Kämpfen Gebirgsbildes der Isonzofront über den Karst bis an das Meer. Wir sehen die Kämpfer beim Bohren der unterirdischen Kavernen und bei der Bedienung ihrer Riesengeschütze. Bildnisse, Szenen aus dem Lagerleben, anmutige und trostlose Landschaftsbilder wechseln in reicher Mannigfaltigkeit miteinander ab.

Das Ganze ist in der Ausstellung in übersichtlichen Gruppen geordnet. Die Vorhalle nehmen eine Reihe Bildnisse bekannter Heerführer ein sowie eine realistisch aufgefaßte Statue des Kaisers Karl von Gustav Hermann. Im Hauptraum der Ausstellung erregen namentlich die zahlreichen Darstellungen von Ferdinand Bamberger erzielte Wirkungen durch die bei sorglicher zeichnerischer Behandlung und Stofflichkeit in seiner natürlichen Eindrucksmacht wirksam zur Geltung bringen. Weiter seien hervorgehoben die farbig frisch erfaßten Bilder von Karl Schelbinger, die Bilder aus dem Skizzenbuch Brunos von Karl Kostrai, die Landschaften von Lukas Kuhn und die Bilder von Albert Bertelli und Joseph Jost. Von Tuverka stellt ein zeichnerisch wertvolles Bild aus der Artilleriewerkstätte Saloch. An plastischen Arbeiten sind

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nahmenblatt der „Handgranatenwerfer" von Friedrich Cornik und der „Munitionstransport" von Robert Franges zu nennen. Sodann zu erwähnen die Ausstellung aber auch dem Beschauer bietet: Zum Schluß wünscht man doch, es möchte mit all der Kriegskunst doch einmal zu Ende gehen, damit die Kunst des Friedens wieder zu Ehren komme. Denn im Grunde bleibt von all diesen Kriegsbildern das eine bittere Gefühl zurück: „Wie herrlich weit wir es gebracht haben!" — um so mehr, wenn der Wert solcher Bilder vorwiegend in der technischen Darstellung des Tatsächlichen beruht.

In Verbindung an diese Ausstellung sei noch hingewiesen auf die Landschaftsstellungen der Graphiker Paul Höfer und Georg Fritz Schreiter. Beide handhaben Stift und Radiernadel mit feinem Gefühl und Anmut. Im Landschaftlichen sowohl wie in der Landschaftsbildung geben sie starke Proben eines feinsinnigen künstlerischen Empfindens. Namentlich die Arbeiten von Höfer offenbaren ein starkes und vornehmes Talent, das bei weiterer Entfaltung dem graphischen Gebiet noch sehr fruchtbar werden könnte. M. Menzer.

Theater.

Albert-Theater. Aller Kampf ringender freier Geister gegen die Finsternis wird auch bei dem Publikum Widerhall finden, das sich voll von dem Wort Freiheit bekreuzigt. In der Theorie ist so vieles ganz anders wie in der Praxis. Der Pfarrer von Kirchfeld ist Heimatliteratur volkstümlichstes und zugkräftigstes Werk geblieben. Auch bei der neuen Einstudierung im Albert-Theater versagte es in seiner Wirkung nicht. Hans Steiner gibt mit der Reinheit seines Menschen der schlichten Menschlichkeit, die Titelrolle. Das Pathologische, die unnötig Grausenden geben seiner Leistung Wert und Farbe. Für das reife Kunstwerk hat Fräulein Mebius viel Herzlichkeit und Klarheit. Ebenso Siedel ist ein munterer Michel und Herr Heding ein Vertreter mit sicherer Erkenntnis der Grundlinien dieser Figur. Die trefflich verbereitete Vorstellung fand viel Beifall. K.

Vortragskunst.

Vortragsabend. Hans Gebhardt trug mit Otto Gebhardt am Klavier eine Cello-Sonate Cis-Moll eigener Komposition vor, die von einem ausgewählten Innenleben ihres Schöpfers Zeugnis ablegte, aber vermeidet trotz schönen Anlaufen auseinanderfällt. Eine Phantasie für Klavier weist einen anfeinlichen Klaviersatz auf, der der reichen Begabung Gelegenheit zur Entfaltung gab. Anja Mei[illegible] trug eigene Werke vor, von denen die reifige „Nacht durch die Nacht" hier bereits gewürdigt wurde: einige Lieder verraten ein tiefes Seelengefühl, das sich in edler Form ausprägen kann. eb.

Vortrag des Gabelentz, den wir als Dichter und Vortragenden schon mehrfach gewürdigt haben, bot auch gestern wieder am Vortragsabend der Literarischen Gesellschaft einige Proben seiner eigenartigen Moderlyrik. Seine schlichte Vortragsweise läßt den gewissen Gehalt der Dichtungen, leis gehört, hervortreten, der, gewiß nicht neuartig, die Hörer bis zum Schluß in Spannung hält. Stimmungsvoll wirkten der Dichtung „Frühling", spürte man die [illegible] Mittel. Aber die Nacht des großen Pan, in der sich [illegible] verschiedener Gefühlswelten vollzieht, [illegible] die poetische Gestaltungskraft des Dichters wiederum in hellem Lichte. Auch das lyrische Erlebnis des Jahres mit der Erscheinung Christi vor der jener seine Teilnahme am Welt lege zu rechtfertigen [illegible] erzielte eine tiefe Wirkung. Lebhafter Beifall dankte dem Dichter für seine Gaben. Mz.

Dresdner Kalender.

Theater am 20. Februar. **Opernhaus:** Die Regimentstochter (7). — **Schauspielhaus:** Viel Lärm um nichts (7). — **Albert-Theater:** Zweiwitschen (3); Der Probekandidat (7). — **Residenz-Theater:** Was die Mutter erzählt (3½); Ein Walzertraum (7½). — **Central-Theater:** Die Rose von Stambul (7½).

Spielplan-Aenderungen. Im **Opernhause wird Montag** den 25. Februar, 7 Uhr, nicht Fra Diavolo, sondern **Die verkaufte Braut** gegeben, im **Schauspielhause Dienstag** den 19. Februar, 7 Uhr, nicht Moloch und **Die verhängnisvolle Gabel**, sondern **Die Journalisten.**

Kleine Mitteilungen.

Schändung des Grabes Tolstois. Nach der Vernichtung des Tolstoi gehörigen und jetzt durch seine Witwe verwalteten Gutes Jasnaja-Poljana hat eine verbrecherische Bande das Grabmal Tolstois verwüstet und den Sarg geöffnet in der Hoffnung, darin wertvolle Juwelen zu finden. Der Sarg wurde herausgeholt und nach der Durchsuchung vor dem Grabe stehen gelassen.

Sportkartell.

Touristenverein Die Naturfreunde. Dresden. 21. Februar, 8 Uhr: Zusammenkunft im Saal II des Volkshauses. 27. Februar Wukisch, 7 Uhr: Oeffentlicher Lichtbildervortrag im großen Saale des Volkshauses von Herrn Waldemar Schmidt über: Glanzpunkte Oberbayerns: Einlaß 6 Uhr. Karten zu 30 Pf. sind zu haben in der Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10, bei den Genossen Nikolai, Kleine Kirchgasse, Bär, Markgrafenstraße 33 (Konsum), im Sportgeschäft von Harnagel, Johannisstraße 21, am Büfett des Volkshauses, am Vereinsabend und bei allen Mitgliedern. 24. Februar: Tagestour nach dem Rauenstein, Bärensteine; Abfahrt früh 6,05 Uhr vom Hauptbahnhof nach Pirna-Zehren. 24. Februar: Nachmittagstour durch das Weißeritztal nach dem Windberg. — **Radeberg.** 24. Februar: Tagestour nach dem Spargebirge; Abfahrt wird noch bekanntgegeben. — **Lößnitzortschaften:** 21. Februar, 8½ Uhr: Zusammenkunft im Jägerhof, Niederlößnitz. — **Leuben.** 20. Februar, 8 Uhr: Zusammenkunft im Goldnen Stern, Leuben.

Kartellvertreter. Die für den 16. Februar anberaumte Sitzung mußte ausfallen; sie findet am 21. Februar, 8½ Uhr, im Volkshaus statt.

Arbeiterturner. Friedrichstadt-Cotta. 22. Februar: Nach dem Turnen Versammlung und Geselliges in der Turnhalle. — 1. **Gruppe.** 24. Februar, 8 Uhr: Gruppen-Lehrstunde in der Turnhalle Friedrichstadt-Cotta. Alle Turner und Turnerinnen, auch Nichtvorturner, sollen sich daran beteiligen. — 3. **Gruppe.** 24. Februar, 2 Uhr: Gruppenturnstunde für Turner und Turnerinnen in der Turnhalle Kleinnaundorf. — 2. **Bezirk.** Die Bezirksbibliothek befindet sich beim Turngenossen H. Klügel, Berliner Straße 16, 2., oder Schäferstraße 19, im Topfwarengeschäft. — **Deutschtal.** 24. Februar, 2 Uhr: Kinderkonzert; 8 Uhr: Großes Konzert im Weickerts Gasthof.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend.

Sonntag: Zentralvorstandssitzung. — **Altstadt.** Mittwoch: Vorstandssitzung. Freitag: Diskussionsabend. Sonntag: Nachmittagswanderung in die Heide; Treffen 2 Uhr Zwingeruhr. — **Johannstadt.** Donnerstag: Vortrag des Genossen Leinen: „Sagen vom Jubiläum". Sonntag: Wanderung nach dem Windberg; Treffen: 2 Uhr Striesener Platz. — **Striesen.** Freitag: Liederabend; Leiter: Gen. Hornoff. Sonntag, 6 Uhr: Jugendheim. — **Plauenscher Grund.** Mittwoch: Liederabend, kleiner Saal, Rote Schänke. Sonntag: Nachmittagswanderung nach der Possendorfer Windmühle; Treffen: 1½ Uhr Rote Schänke, 2 Uhr Sächsischer Wolf. — **Gittersee.** Mittwoch: Vortrag von Dr. Herzfeld: „Wie lebe ich gesund?" Sonntag: Nachmittagswanderung nach der Possendorfer Windmühle; Treffen: 2 Uhr Rehbockschänke. — **Löbtau-Plauen-Cotta.** Mittwoch: Vortrag des Genossen Kutsche: „Meine Wanderung an der russischen Grenze". Sonntag: Tageswanderung nach dem Einsiedler; Treffen: 7 Uhr am Deutschen Kaiserhof, Führer: Genosse Nagel. — **Neustadt.** Donnerstag: Mitgliederversammlung. Sonntag: Jugendheim: Tischtennis. — **Pirschen.** Mittwoch: Vortrag des Genossen Bartels: „Volksgesundheit einst und jetzt". Sonntag: Besuch einer Gruppe. — **Trachenberge.** Donnerstag: Mitgliederversammlung. Sonntag: Heimatwanderung; Näheres in der Gruppe. — **Nickten.** Mittwoch: Liederabend. Sonntag: Exkursion; Näheres in der Gruppe. — **Königsbrück.** Sonntag, 6 Uhr: Liederübungsabend.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

29. Sitzung. Montag, 18. Februar 1918, nachm. 4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Träber (kons.) auf Förderung des Obstbaus.

Der Antrag ersucht die Staatsregierung, gegenüber der während des Krieges gestiegenen und in Zukunft sicherlich noch mehr steigenden Nachfrage nach Obst die Förderung des Obstbaus in erhöhtem Maße sich angelegen sein zu lassen, insbesondere dem Landesobstverein zur Anstellung weiterer Obstbauwanderlehrer, zur gründlichen und vermehrten Ausbildung von Obstbaumwärtern sowie zur durchgreifenden Bekämpfung der Obstschädlinge mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen; in den Lehrerseminaren auch auf die praktische Unterweisung in Schul- oder anderen Gärten noch mehr als bisher Bedacht zu nehmen, in Volks- und Fortbildungsschulen, vornehmlich auf dem Lande, das Interesse der Schüler am Obstbau vor allem auch durch Anschauungsunterricht und praktische Uebungen zu wecken und endlich den Lehrern die Ausbildungsmöglichkeit im praktischen Obstbau durch erhöhte Beihilfen für Teilnahme an Lehrgängen in Obst- und Gartenbauschulen zu erleichtern.

Kultusminister Dr. Beck: Auch die Regierung halte die weitere Ausgestaltung dieses wichtigen Lehrgebiets für geboten. Die Seminardirektoren seien bereits veranlaßt worden, darüber zu berichten, welche Einrichtungen und Maßnahmen getroffen sind, die eine praktische Anleitung in der Obstbaupflege gewährleisten, und inwieweit durch weitere Anpflanzung, gegebenenfalls durch eine Veränderung der Gartenanlagen, eine Vermehrung des Obstbaues möglich ist. Was die Volksschulen anbelange, so sei an die Bezirksschulinspektoren eine Generalverordnung ergangen, in der als erfolgreichstes Mittel einer Vermehrung des Obstbaues für die Schulzwecke bestimmte und eingerichtete Gärten genannt worden. Es müsse möglichst jeder Schule ein Stück Land zur Anlage eines Gartens gegeben und nötigenfalls dazu eine Staatsbeihilfe gewährt werden.

Abg. Träber (kons.) fordert Bereitstellung von Staatsmitteln für einen stärkeren Vogelschutz, da die Vögel die besten Vertilger der Obstschädlinge seien. Der größte Wert sei auf den Anschauungsunterricht in der Schule zu legen.

Abg. Posern (natl.) bemerkt, daß er schon früher die Förderung des Obstbaues verlangt habe. Damals hatte sich aber gerade die rechte Seite des Hauses dagegen erklärt. Ohne den Krieg würde der vorliegende Antrag wohl kaum gekommen sein. Der Landesobstbauverein habe trotz seinem jahrzehntelangen Bestehen seine Aufgabe nicht erfüllt; in Sachsen würde zuviel Liebhaberobstbau getrieben. Der Redner verlangt die Anstellung eines Landesobstbauinspektors, der an die Spitze des Landesobstbaues gestellt werden sollte. Die Wanderlehrer müßten das Recht haben, in die privaten Obstgärten hineinzugehen und dort auf einen rationellen Obstbau hinzuwirken.

Abg. Schulze (Unabh. Soz.) erklärt das Einverständnis seiner politischen Freunde mit dem Antrage, wendet sich aber gegen die in den letzten Jahren von der Regierung betriebene Preisbildung. Die Spannung zwischen Erzeuger- und Großhandelspreis sei allgemein viel zu hoch empfunden worden. Die zweite und dritte Klasse von Obst sei auf dem Wege vom Groß- und Kleinhandel vielfach auch in erstklassiges Obst verwandelt worden. Das Publikum mußte minderwertiges Obst als erstklassiges Obst bezahlen. — Der früher im Elbtal betriebene Weinbau sei bekanntlich in den achtziger und neunziger Jahren infolge der Reblausplage zusammengebrochen. Seitdem sei aber außerordentlich viel geschehen, um den heimischen Weinbau auf eine hohe Stufe der Entwicklung zu bringen. Die Weinbauschule in Oberlößnitz sollte zu einem Musterweinbau ausgebaut werden, wo auch die geeigneten Arbeitskräfte herangebildet werden könnten.

Abg. Dr. Höhnel (kons.) nimmt den Landesobstbauverein gegen die Angriffe des Abg. Posern in Schutz.

Der Antrag findet schließlich einstimmige Annahme. — Es folgt Kap. 79 des Staatshaushaltsetats: Straßen- und Wasserbauverwaltung.

Die Finanzdeputation A beantragt, die Einstellungen bei dem Kapitel zu genehmigen und die Petition des Stadtrats zu Oelsnitz i. V. um Erbauung einer Talstraße von Oelsnitz über Pirk nach Unterweischlitz der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Wilde (Soz.):

Die bisherige Art der Vergebung der Obstnutzungen an den Staatsstraßen wirke keinesfalls preismindernd. Die Regierung habe seinen schon in der Deputation erhobenen Vorwurf einer wucherischen Tendenz in der Gestaltung der Obsthöchstpreise zwar zurückgewiesen, er habe jedoch keinen Anlaß diesen Vorwurf zurückzunehmen. Wenn der Obstnutzungsertrag von den Bäumen der Staatsstraßen in den Jahren 1912 bis 1914 durchschnittlich 390 000 M., 1916 aber 506 370 M. und 1917 sogar 886 300 M. betragen habe, so zeige das, wie die Regierung die Kriegskonjunktur ausgenutzt habe. Der Staat sollte die Obstnutzungen an den Staatsstraßen den Gemeinden zum Durchschnittspreise der letzten drei Jahre überlassen. Würden die Obstnutzungen auch in diesem Jahre wieder auf dem Wege der Versteigerung verpachtet, dann werde sich der Ertrag voraussichtlich noch mehr steigern. Damit arbeite sie aber den Preistreibern direkt in die Hände. Ueberlasse er aber den Gemeinden das Obst, so würde sich der moralische Einfluß auf den Marktpreis bemerkbar machen. Meine politischen Freunde wünschten die Uebernahme des gesamten Obstbaues in Staatsregie.

Finanzminister v. Seydewitz meint, es sei allerdings Aufgabe der Staatsverwaltung, auch in der Kriegszeit auf dem Lebensmittelmarkte der Preistreiberei nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Der Wirksamkeit des Staates seien aber, besonders in tatsächlicher Hinsicht, Grenzen gesetzt. Die Obstnutzungen des Staates betrügen höchstens vier Prozent der Obstnutzungen im ganzen Lande. Viel Obst würde auch von anderen Staaten nach Sachsen eingeführt. Sachsen sei also auch hier Zuschußland. Der sächsische Staat könne also mit seinen Obstpreisen keinen Einfluß auf die Preisbildung ausüben. Die Uebernahme des Obstbaues in Staatsregie lasse sich in der Praxis nicht durchführen. Zum Schlusse versichert aber der Minister, daß die Regierung fortgesetzt bemüht sein werde, das ihr zur Verfügung stehende Obst zu sachgemäßen, möglichst billigen Preisen, also unter Ausschluß jeden Wuchergewinnes, auf den Markt zu bringen.

Abg. Brodauf (Fortschr. Volksp.) wünscht, daß die Regierung alles tue, damit der Eindruck vermieden werde als ob sich der Staat an der Preistreiberei beteilige oder doch mindestens von ihr Vorteil ziehe.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag der Deputation zum Beschluß erhoben.

Weiter bewilligt die Kammer gemäß den Einstellungen im außerordentlichen Staatshaushalt 325 000 M. für Erbauung und Erweiterung von Holzhaushalten bei den Staatseisenbahnen, 800 000 M. (erster Teilbetrag) zur Beseitigung der schienengleichen Kreuzung der Linie Leipzig-Dresden mit der Linie Vorsdorf-Coswig am Bahnhof Coswig, 100 000 M. (Ergänzungsforderung) für Erweiterung der Güteranlagen auf dem Bahnhof Dresden (Elbauer Altstadt) und 300 000 M. (erster Teilbetrag) zur Erweiterung des Bahnhofs Weißen Triebischtal.

Eine Bittschrift der Stadträte Bautzen und Zittau um Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Bautzen und Zittau bleibt antragsgemäß auf sich beruhen.

Schließlich kommt noch das Dekret auf

Verlängerung des Kohlensperrgesetzes

zur Beratung. Das Direktorium schlägt vor, in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer die Verlängerung bis 30. Juni 1918 zu beschließen.

Vizepräsident Dr. Spieß (kons.) äußert sich zustimmend.

Abg. Nitzsche (natl.) hat schwere Bedenken gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes. Es sei durchaus nicht unmöglich, daß das ganze Kohlenbergbaugesetz scheitere. In der Ersten Kammer sei auch eine Darstellung über die Behandlung der Angelegenheit in der Zweiten Kammer gegeben worden, die die Oeffentlichkeit zu falschen Schlüssen führen könnte. Dagegen müsse Verwahrung eingelegt werden.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.) meint, wenn die Vorlage an einer Ueberspannung der Fördergabe scheitern sollte, würde die Erste Kammer die Verantwortung hierfür tragen.

Finanzminister v. Seydewitz versichert, daß die Verlängerung des Sperrgesetzes keinesfalls zu einer weiteren Verzögerung in der Verabschiedung des Kohlenbergbaugesetzes führen solle.

Hierauf findet der Antrag des Direktoriums Annahme.

Schluß 8 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, mittags 12 Uhr: Sparkassengesetz.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in den Dresdner Brotbäckereien.

Eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Brotbäckerversammlung beschäftigte sich am Sonntag mit den Lohnverhältnissen in den Brot- und Mühlenbäckereien des Bezirks Dresden. Zu Referent Kollege Friedrich hob hervor, daß die letzten Abmachungen zwischen dem Kriegsamt und den Brotfabrikanten mirgends wahre Zufriedigung unter den Kollegen ausgelöst hätten. Dem Drängen der Kollegen nachgebend, sei auch die Versammlung einberufen worden, zu der aus einer Reihe Betriebe Zustimmungserklärungen eingingen, soweit die Kollegen an der persönlichen Teilnahme verhindert waren. Diese Stimmung sei nur zu begreiflich, denn gerade die Dresdner Lohnverhältnisse in den Brotbäckereien und Mühlen seien schon vor dem Kriege recht weit hinter denen in anderen Städten zurückgeblieben, eine Tatsache, die sich jetzt in der Kriegszeit an der Kollegenschaft schwer räche. Die letzte Lohnaufbesserung sei aus diesem Grunde auch nur als eine Abschlagszahlung auf eine weitere Teuerungszulage zu betrachten. Das öffentliche Interesse erfordere eine Besserstellung dieser wirklich notleidenden Berufsschicht.

Eine ausgedehnte Debatte brachte allgemein den Unwillen der Versammelten über die unzureichenden Lohnverhältnisse zum Ausdruck. Alle anderen Berufsschichten seien mit Teuerungszulagen bedacht worden, als die Brotbäcker in den Dresdner Betrieben. Die Verteuerung der Lebenshaltung sei um Hunderte von Prozenten gestiegen, während die in den Brotbäckereien gewährten Teuerungszulagen nur 15 bis 20 Prozent betragen, in anderen Berufen den Arbeitern aber 50 und mehr Prozent. Eine Erklärung finde diese Erscheinung allerdings darin, daß die Kollegen in diesen Betrieben nur sehr mangelhaft organisiert gewesen seien. — Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung beauftragt den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, als die einzig am Orte bestehende Interessenvertretung der Bäcker und Bäckereiarbeiter in den Brot- und Mühlenbäckereien, von neuem an die Herren Brotfabrikanten heranzutreten zwecks Gewährung einer weiteren Teuerungszulage von wenigstens 25 Prozent pro Woche, rückwirkend vom 1. Februar 1918. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die am 1. April in Kraft tretende Aufbesserung in Form der Erhöhung des Grundlohns um wöchentlich drei Mark durch die Verhältnisse überholt und nicht mehr als ausreichend von den Versammelten betrachtet werden kann. Gleichzeitig beauftragt sie oben benannte Organisation und deren Vertreter, im Falle einer Ablehnung dieser Forderung durch die Arbeitgeber, das Kriegsamt als Vermittlungsinstanz anzurufen."

Auf Antrag wurde eine Lohnkommission von insgesamt sieben Kollegen gewählt, welche die Forderungen näher formulieren und gleichzeitig als Verhandlungskommission bei einzelnen Firmen tätig sein soll.

Arbeitseinstellung in der Chemnitzer Textilindustrie.

Im Anschluß an eine Lohnbewegung der in der Chemnitzer Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen kam es am Montag zu einer teilweisen Arbeitseinstellung. Es handelt sich zunächst um mehrere Betriebe, in denen einige hundert Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt haben. Von den eingeleiteten Verhandlungen wird ein Abschluß der Bewegung erwartet.

Die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1917.

Das Gewerkschaftskartell hat einen vorläufigen Bericht für das Jahr 1917 fertiggestellt. Danach betrug die Mitgliederzahl der Gewerkschaften am Ende des Jahres 16 020 männliche und 9001 weibliche, zusammen 25 021 Mitglieder. Außerdem waren 31 695 im Heeresdienst. Ende des Vorjahres betrug die Gesamtmitgliederzahl 32 695, sie ist also im Laufe des letzten Jahres um weitere 7674 zurückgegangen. Naturgemäß haben die meisten Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang zu beklagen. Nur die Organisationen der Bäcker, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Fleischer, Holzarbeiter, Textilarbeiter und Transportarbeiter erfreuen sich eines Zuwachses. Die Mitgliederzahl sämtlicher Gewerkschaften betrug (ausschließlich der zum Heere Einberufenen): Ende 1914: 49 003, 1915: 33 075, 1916: 32 695, 1917: 25 021.

Briefkasten.

P. St. — Militärrente. Anfrage: Ich bitte um Auskunft, ob Militärrente, die ich vom Frieden her erhalte, auf einmal oder zum Teil ausgezahlt wird zum Ankauf eines Grundstücks.

Antwort: Eine solche Auszahlung wäre nur möglich auf Grund des Kapitalentschädigungsgesetzes vom 3. Juli 1916. Dieses erstreckt sich aber nur auf Personen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges eine Militärrente erhalten. Da Ihre Militärrente aus der Friedenszeit herrührt, kann eine Kapitalabfindung für Sie nicht in Betracht kommen.

H. F., Birkigt. Es handelt sich um ein Märchen. Wenn die Lebensfunktionen aufgehört haben, können doch Fingernägel und Haare nicht mehr wachsen.

Fr. H., Königsbrücker Straße. Der Wollwaren wegen wollen Sie sich an das Beschaffungsamt in Berlin SW 48, Friedrichstraße 30, wenden.

C. K. Chr 32. Unsere Auskunft in Nr. 38 muß dahin ergänzt werden, daß der zur Arbeit bei einem bestimmten Unternehmer beurlaubte Landwehrmann wie jeder andere Arbeiter unter das Hilfsdienstgesetz steht; er darf insbesondere seine Arbeitsstelle dann nicht lassen, wenn er nachweisen kann, daß er in einem anderen Betrieb mehr verdienen würde.

W. R. 300. Den Familien, von denen zwei oder mehrere Söhne eine sechsjährige gesetzliche Dienstzeit abgedient haben, wird für jeden weiteren Sohn und jedes weitere gesetzliche Dienstjahr eine Aufwandentschädigung von 240 M. gezahlt. Kriegsdienste gelten nicht als gesetzliche Dienstzeit; nur wenn während des Krieges ein weiterer Sohn zum gesetzlichen Dienst eingezogen wird, der auch in Friedenszeiten zu seiner gesetzlichen Dienstzeit einberufen werden konnte, wird die Aufwandentschädigung nach der Bundesratsverordnung vom März 1914 gewährt. — Nur wenn Ihre Notlage unterhalb des 7½fachen Grundbetrag der Invalidenrente erreichen oder überhaupt steigen würde, könnte Ihnen die Invalidenrente entsprechend erhöht oder verweigert werden. Als Witwe bekommen Sie nur ein Drittel des Jahresverdienstes Ihres gestorbenen Mannes als Witwenrente, doch wird Ihnen die Invalidenrente mit dem Zuschlag von 7½ voll ausgezahlt.

O. R., Teuben. Nach § 1601 und ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Verwandte in gerader Linie verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Großeltern können also zur Unterstützung der Enkel herangezogen werden, wenn die Eltern in bedürftiger Lage sind und ihren Unterhalt nicht selbst erwerben können. Da aber die Enkel Kriegswaisengeld und Waisenrente erhalten, liegt unseres Erachtens eine Bedürftigkeit, nach welcher die Großeltern zur Unterstützung verpflichtet werden könnten, nicht vor, weil ja vor den Großeltern die Mutter der Kinder zur Unterstützung verpflichtet ist, solange die Mutter dazu in der Lage ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG